

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Dienstag, den 10. Juli 1906.

13. Jahrg.

Wesens einer Weltlage.

Der politische Massenstreik.

Die Veröffentlichung der „Einigkeit“ aus dem Protokoll der bekanntesten Gewerkschaftskonferenz und die sich daran anschließenden Erklärungen von Parteivorstand und General-Kommission lassen es, so schreibt der „Vorwärts“, geboten erscheinen, mancherlei unklare und irrtümliche Auffassungen zu korrigieren, die über die Frage des politischen Massenstreiks und die bisherige Stellungnahme der Partei zu derselben noch verbreitet zu sein scheinen.

Die Diskussion über den politischen Massenstreik nahm in der deutschen Partei erst im Sommer des Jahres 1905 einen lebhafteren Charakter an. Den Anstoß zu dieser Diskussion gab die bekannte Broschüre der Genossin Roland-Holst: „Generalstreik und Sozialdemokratie.“ Zwar hatte schon im Jahre zuvor Genosse Friedeberg durch seine Vorträge über den Generalstreik, die dann unter dem Titel „Parlamentarismus und Generalstreik“ im Druck erschienen, eine lebhaftere Agitation für den Generalstreik zu entfalten versucht, allein seine Propaganda mußte innerhalb der Partei vollständiger Ablehnung begegnen, da Friedeberg nicht den politischen Massenstreik im Sinne der späteren Jenaer Resolution befürwortete, d. h. als ein Kampfmittel zur Ermöglichung und Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, sondern jene anarchisierende Generalstreikidee, wie sie von den die politische Aktion verwerfenden französischen Gewerkschaftlern in ein System gebracht worden ist. Friedeberg selbst bekannte sich in der Vorrede in seiner Broschüre ohne Rückhalt zu jener anarchisierenden Auffassung, wenn er ausführte:

„Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfmethoden. Unser Kampf ist ein ökonomischer, ist ein psychologischer. . . . Der Parlamentarismus als Schöpfer der Gesetze steht in unlöslichem Widerspruch mit unserer wahren Endziel als freier Persönlichkeit, das heißt die Befreiung des Menschen von jeder äußeren Bindung. Das Streben nach Befreiung des Staates, nach Erreichung der politischen Macht steht notwendigerweise mit der Herrschaft voraus und läßt dadurch die von uns angestrebte ökonomische Freiheit ohne völlig freie unbegrenzte Persönlichkeit als Utopie erscheinen!“

Für die Idee des anarchisierenden Generalstreiks war innerhalb der Sozialdemokratie kein Raum, sie mußte in der gesamten Parteipresse einstimmige Ablehnung begegnen. Wenn später sowohl in Kreisen der „Lokalitäten“ wie der zentralisierten Gewerkschaftler behauptet worden ist, die Stellungnahme zu Gunsten des politischen Massenstreiks in Jena sei eine Konzession an die Propaganda Friedebergs, so wurden dabei nur zwei grundverschiedene Dinge miteinander verwechselt.

Die Broschüre der Genossin Roland-Holst legt demnach ein Hauptgewicht darauf, den Unterschied zwischen dem politischen Massenstreik und der anarchisierenden Generalstreikidee scharf hervorzuheben. Die Idee, durch den Generalstreik den Kapitalismus aus den Angeln heben zu können, läßt sich dahin, die Vorbereitung des Generalstreiks als wichtigste, ja alleinige Aufgabe des gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu betrachten. Unter solchen Umständen werde — wie das ja die gewerkschaftliche Praxis in Frankreich und Spanien beweist — die Lässigkeit der Gewerkschaften darauf gerichtet sein, jeder Streikbewegung einen möglichst allgemeinen Charakter zu geben, sie zum Vorgeficht der Letzten entscheidenden Schlag zwischen Kapital und Arbeit zu machen. So werde die anarchisierende Generalstreikidee für die gewerkschaftliche Praxis geradezu verderblich, weil sie auf die tägliche Kleinarbeit keinen Wert lege. Diese Generalstreikidee verleihe völlig die wirklichen Kampfmethoden des Proletariats:

„Was das bürgerliche Regiment stürzen und durch ein proletarisches ablösen zu können, muß das Proletariat sich zur unbedingten organisatorischen, intellektuellen und moralischen Überlegenheit über die bürgerlichen Klassen erheben haben, über eine Summe von geistiger Kraft, Wissenschaft und Reife verfügen, die es nur durch die tagtägliche Praxis und Wirkung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes erwerben kann. Auch bedarf es zu seinem Aufstieg bringend der Revolution, die die Sozialdemokratie im parlamentarischen Kampfe dem bürgerlichen Staate abzurufen erstrebt.“

Die revolutionär-ökonomische Generalstreikidee verkennt ebenso wie die wirtschaftlichen und politischen, so auch die organisatorischen Bedingungen der proletarischen Revolution. Wohl suchen ihre Befürworter das Solidaritätsgefühl und das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu erwecken, aber sie sehen nicht ein, daß Erziehung und Organisation der Massen die unabdingbare Voraussetzung der Gesellschaftsordnung

ist, die auf der freiwilligen Zusammenschließung der Proletanten beruht. . . .“

Das Wesen des politischen Massenstreiks, für den sie selbst eintritt, charakterisiert Genossin Roland-Holst dann in ihrer Broschüre dahin, daß er als wirksamstes Kampfmittel dienen könne, um Angriffe der herrschenden Klasse gegen die politischen oder gewerkschaftlichen Rechte des Proletariats abzuwehren oder weitere für die Auswärtsentwicklung des Proletariats unentbehrliche Rechte zu erzwingen. Absolut keine Rede könne jedoch davon sein, daß der politische Massenstreik die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse — gewerkschaftliche Bewegung und parlamentarische Aktion — ersetzen könne. Der politische Massenstreik solle keinen Gegensatz, sondern nur eine Ergänzung der bisherigen Mittel und Methoden des Klassenkampfes darstellen, er solle lediglich das Mittel sein, Gewerkschaftskampf und parlamentarische Aktion zu sichern und fruchtbarer zu gestalten.

Diese präzise Formulierung des Charakters und der Aufgabe des politischen Massenstreiks war nicht etwa das Ergebnis abstrakter theoretischer Gedankenarbeit, sondern das Resultat einer sorgfältigen Untersuchung der Ursachen, des Verlaufes und der Folgen der bisher unternommenen Massenstreikaktionen mit mehr oder minder politischem Charakter. Kein Wunder, daß die Broschüre unserer holländischen Genossin ganz anders wirkte, als die im anarchisierenden Jahrgang der „Lübecker Volksbote“ veröffentlichte Propaganda des Genossen Dr. Friedeberg. Sie hob die Diskussion der bisher in der Partei nur gelegentlich gestellten Frage plötzlich auf ein höheres Niveau, ermöglichte eine klare Ubersicht über die theoretische Stellungnahme der internationalen Arbeiterklasse zum Generalstreik und suchte schließlich die Anwendbarkeit und die Bedeutung des politischen Massenstreiks vom Standpunkte des sozialistischen Klassenkampfes aus zu ermitteln. So gab die Broschüre reiches Material und neue Perspektiven und ward so recht eigentlich zum Ausgangspunkt der lebhaften und ausgedehnten Parteidebatte, die dann auf dem Jenaer Parteitag durch Annahme der Resolution Bebel ihren vorläufigen Abschluß fand.

Die Jenaer Massenstreikresolution lautete in ihren wesentlichen Teilen:

„Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen nach Gewalt, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzunehmen oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangt haben, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebührende Pflicht der Arbeiterklasse, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jeden Versuch auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale, politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist.

erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlagens auf das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein richtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassende Anwendung des Massenstreiks. . . .“

Die Resolution enthält also die prinzipielle Anerkennung des politischen Massenstreiks als eines Abwehrmittels gegen reaktionäre Anschläge und einer Angriffswaffe zur Erämpfung unentbehrlicher demokratischer Volksrechte. Daß die Anwendung dieses Kampfmittels von den jedesmaligen Umständen abhängig sein mußte, wurde deutlich ausgedrückt durch das Wort „gegebenenfalls“.

Man hat über diese „Verlausulierung“ der Resolution gespottet: dies Wortchen „gegebenenfalls“ sei geradezu das Hintertürchen, durch das man in einem jeden Ernstfalle der Gefahr, wirklich den politischen Massenstreik inszenieren zu müssen, entfliehen könne. Als ob eine Resolution überhaupt zu etwas verpflichtet, wenn nicht hinter den sie Beschließenden versteinerte Wille steht, ihren Inhalt auch streng zu respektieren. In unserem Falle verrät aber die Einschränkung „gegebenenfalls“ keineswegs die Hintertürchen, sich nach Möglichkeit den durch die Resolution auferlegten Konsequenzen zu entziehen, vielmehr lag es völlig in der Natur der Sache, in der Resolution auch auszusprechen, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen anzuwenden sei, sondern nur bei einer Konstellation, die, wenn auch seine Erfolge nicht zweifellos zu verbürgen, so doch seinen Mißerfolg nicht von vornherein zur Gewißheit zu machen vermöchte.

Außerdem aber beweist die Debatte in Jena, daß selbst unter denjenigen Delegierten, die für die Resolution stimmten, die Ansichten über den Charakter und die für seine Durchführbarkeit günstigen Zeit- und sonstigen Umstände weit auseinandergingen. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, wie sehr hier die Auffassungen der einzelnen Genossen differierten. Während z. B. Genosse Bernheim an die Möglichkeit und den Erfolg eines Massenstreiks glaubte, der den Charakter einer bloßen Demonstration zu tragen hätte, neigte Genosse v. Elm der Ansicht zu, daß ein politischer Massenstreik bei der brüskierenden und provozierenden Haltung der herrschenden Klassen wahrscheinlich zu schweren Zusammenstößen führen werde, daß aber gleichwohl die Furcht vor etwaigen Opfern das Proletariat vor der energischsten Aktion nicht zurücktreten dürfe. Von dritter Seite, zu der sowohl Genosse Kautsky als auch die Genossin Roland-Holst zu rechnen sind, war eudlich die Meinung vertreten worden, daß der politische Massenstreik wahrscheinlich erst in späteren Konflikten mit der herrschenden Klasse eine überaus wichtige Rolle spielen werde. Über den Umstand, daß der politische Massenstreik im Sinne der Tagespolitik noch nicht „aktuell“ sei, entbinde deshalb noch keineswegs Partei und Gewerkschaften von der Verpflichtung, die Frage des politischen Massenstreiks bereits heute eifrig zu studieren und zu diskutieren, damit das Proletariat zur Zeit des Kampfes um so trefflicher organisiert, bisipitiert und von Kampfsenergie und Opfermut besetzt sei. Sollte also eine Resolution über den politischen Massenstreik überhaupt eine so nahezu einstimmige Annahme finden, so war es notwendig, ihr eine möglichst prinzipielle Form zu geben und durch das Wort „gegebenenfalls“ auszusprechen, daß die Entscheidung über die Proklamierung des Massenstreiks nach Zeit und Umständen weiterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben müsse.

Wenn also der Parteivorstand in seiner Bepfischung mit der Generalkommission erklärte, daß er nicht die Absicht habe, gegenwärtig, d. h. im Augenblick der (preussischen) Wahlrechtsagitation, den politischen Massenstreik zu propagieren, so verließ er damit nicht nur gegen Sinn und Wortlaut der Resolution, sondern er hielt sich durchaus im Rahmen seiner Pflichten und Verantwortungen. Ja noch mehr: hätte der Parteivorstand in diesem Augenblick, wo doch von einer Willensänderung der Gesamtpartei zu Gunsten der Proklamierung des Massenstreiks gar keine Rede war, ohne Befragung der Genossen eine Propaganda für den sofortigen Massenstreik entfalten wollen, so hätte er damit seine Befugnisse ohne Zweifel überschritten.

Somit über den ersten Punkt des Protokolls der Generalkommission. Die anderen fünf Punkte bezogen sich auf den Fall, daß gleichwohl aus der spontanen Empörung der Massen heraus, ein Massenstreik ausgebrochen wäre. Für diesen Fall suchte der Parteivorstand durch die Erzählung eines Einvernehmens mit den Leitern der Gewerkschaften sich dahin zu versichern, daß nicht von gewerkschaftlicher Seite eine Gegenaktion unternommen würde. Auch hiergegen lassen sich Einwände nicht erheben.

Bedenken könnten diese Abmachungen erst dann erregen, wenn sie für alle Zukunft Geltung beanspruchen sollten. Dann freilich mußte die Frage aufgeworfen werden, ob es tatsächlich richtig wäre, die Gewerkschaften von jeder Mitverantwortung für den politischen Massenstreik zu befreien, so daß ein — immerhin möglicher — Mißerfolg einseitig auf das Konto der Partei geacht und von gewissen Gewerkschaftskreisen gegen die Politik der Partei überhaupt frustifiziert werden könnte. Daß eine solche Befürchtung nicht völlig gegenstandslos wäre, beweist ja der von einem Berliner Gewerkschaftsführer erhobene Vorwurf, die Partei habe die Arbeiter in die Maßregel „hineingehängt“.

Über nicht nur die Sorge um das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die wichtige und wirksame Durchführung eines Massenstreiks erfordert es, daß, sofern, wie wir immer wieder betonen, die Bedingungen für den politischen Massenstreik als gegeben anerkannt werden, die Gewerkschaften einem solchen Streik gegenüber nicht Neutralität über, sondern bewußt und freiwillig die moralische Verantwortung für denselben mit übernehmen!

Ein solches Einvernehmen für die von dem gesamten auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Proletariate zu unternehmenden Aktionen muß und kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Frage des politischen Massenstreiks auch in Zukunft mit aller Ruhe, Sachlichkeit und Gründlichkeit weiter erörtert wird. Geschieht das, so wird der in der Frage des Massenstreiks anscheinend bestehende und durch die Resolutionen von Köln und Jena zum Ausdruck kommende Gegensatz ebenso ausgeglichen werden, wie das bisher noch immer bei zeitweiligen Meinungs-differenzen zwischen diesen beiden Bruderorganisationen der Fall war!

Politische Grundfragen.

Generalstreik.

Die Opfer der Sozialpolitik. Wie aus Dittbold ge-

melbet wird, beschloß die kaiserliche Staatsregierung an-
gehts der ankaltenden Verteuerung
aller Lebensmittel eine beschleunigte Aufhebung
aller Beamtengehälter im Fürstentum Upp. — Hier wird
plötzlich die ankaltende Verteuerung aller Lebensmittel
anerkannt. Wenn aber die Arbeiter daraus die Kon-
sequenzen ziehen und Lohnerböhrungen verlangen, dann
wird natürlich über die Verantwortlichkeit der Massen
schwänzelnd.

Von den Söhnen der „Edelsten“. Von den dis-
ziplinierten Zuständen im bayerischen
Kadettenkorps erwartete der liberale Abg. Dr. Ham-
erschmidt bei der Beratung des Militäretats in der
bayerischen Abgeordnetenversammlung ein trostliches Bild. Der
Ruf des bayerischen Kadettenkorps sei so schlecht geworden,
daß die Eltern ihre Söhne gar nicht mehr hineingeben
wollten. Die jüngeren Kadetten würden auf
unerhörte Weise von den älteren mißhan-
delt, weil jegliche Aufsicht mangle. Das heutige Kadetten-
korps sei keine Schule der Disziplin, sondern geradezu eine
Brutstätte für künftige Soldatenschänder. Kriegs-
minister Freiherr v. Horn erwiderte, die
Klagen über das Kadettenkorps seien nicht neu; ähnliche
Dinge kämen bei allen Internaten vor. Es werde
aber alles gesehen, um den schlechten Ruf, in den das
Kadettenkorps ungewisselhaft geraten ist, zu reinigen und die
Anstalt wieder zu heben.

Wieder ein koloniales Experiment verunglückt!
Die Geschichte „unserer“ Jambertolonien ist um einen neuen
Streich bereichert und wiederum sind beträchtliche Summen
als weggeworfen zu bezagen. Einige Kolonialpolitiker an
„maßgebender Stelle“ kamen auf den merkwürdigen Einfall,
Eingeborene aus dem deutschen Südsee-
Schutzbereich zur Bekämpfung der Aufstän-
dischen in Ostasien zu verwenden, nämlich Salo-
moninsulaner, die sich um so mehr als Kulturträger
eignen, als sie, wenigstens verschiedene Stämme von ihnen,
Menschenfreier sind. Wie die „Deutsche Ostafrikanische Zei-
tung“ jetzt mitteilt, werden die Salomon-Insulaner, mit
denen man in Deutsch Ostafrika gar nichts hat anfangen kön-
nen, nunmehr wieder nach ihrer Heimat zurückgeführt. Sie
waren durchweg so jung und schwächlich, daß man erst gar
nicht versucht hat, sie als Soldaten in die Schutztruppe
einzustellen. Man hat sie in einer besonderen Art von Un-
form als Boys bei der Schutztruppe Dienst tun lassen, wohl
nur, um das für die Kolonie außerordentlich kost-
spielige Menschenmaterial wenigstens für irgend
eine Arbeit, die natürlich von jungen afrikanischen Negern
für geringes Geld weit besser hätte getan werden können,
zu verwenden. Interessant wäre es gewiß, zu erfahren,
welche Kosten diese in den ersten Zeiten des
Aufstandes beschlossene Maßnahme dem
Kolonialfiskus verursacht hat. Vielleicht gibt
nächstens eine „Indiskretion“ Aufschluß. Das ist ja nach-
gerade der einzige Weg, auf dem man die Wahrheit
über die Kolonialpolitik erfährt.

Die Angst hat sie gepackt, die freisinnigen Mames-
jeelen. Sie sind in Altens-Jerlorn nicht nur aus borniertem
Sozialistenhaß zu dem Beschluß gekommen, die Wähler für
den Zentrumsmann mobil zu machen. Die Rücksicht auf die
Wahl in Hagen-Schwelm und die Drohung der
Zentrumsvorgänge, die Freisinnigen auch aus diesem Wahl-
kreis hinauszuerwerfen, wenn sie in Altens-Jerlorn nicht der
Zentrumsvorgänge parieren, war für sie ein noch zwingenderes
Argument. Kleinlaut gibt die „Voss. Ztg.“ zu, daß die
Zentrumswähler die Macht haben, das Mandat für Hagen-
Schwelm der Sozialdemokratie in die Hände zu spielen, und
ruft die Wahlziffern von 1903 dafür als Zeugen an: „Bei
der Wahl von 1903 erhielten im ersten Wahlgange der
Sozialdemokrat Timm 13 870, Eugen Richter 10 572, der
Nationalliberale Junde 5 786, der Liberale Fursangel 4526
Stimmen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, sie betrug
über 80 v. H. Es ist also nicht anzunehmen, daß die
Liberale noch über erhebliche Reserven
verfügen, die ihnen heute gestatteten, auf die liberale
Stimmen in der Stichwahl zu verzichten, zumal da schon
1903 in der Stichwahl die Zahl der sozialdemokratischen
Wähler auf 15 018 angewachsen war. Wer also auch jetzt
in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kommt, Cuno
oder Wobbenhauer, das Zentrum kann seine Drohung wahr
machen und ihn durchfallen lassen.“ Selbstverständlich sind
in den Augen der Freisinnigen die Nationalliberalen allein
das Kaindickel: „In eine so klägliche Lage hat der
selbsthätige Egoismus der National-
liberalen den Liberalismus gebracht. Obwohl in beiden
Freien erheblich schwächer als der Freisinn, wollten sie den
alten Bestand nicht anerkennen und achten, wenn sie da-
bei nicht etwas profitierten. Wenigstens eines der Hagener
Landtagsmandate. . . Und was haben sie erreicht? Weder
haben sie ein Landtagsmandat bekommen, noch werden sie
ein Reichstagsmandat erlangen. Aber den gesamten
Liberalismus, zu dem dem sie sich selbst doch auch
betrachten, haben sie gründlichst geächtet und die
eigene Partei kompromittiert. . . Und sollte schließlich der
Liberalismus wie das eine, so auch das andere Mandat
verlieren, so fällt die Verantwortung auf die nationalliberale
Partei und ihre kurzschichtigen Leiter.“ Die Angst wird noch
bis zum 26. Juli dauern: für diesen Tag ist bekanntlich
bereits im voraus die Stichwahl in Hagen-Schwelm
angekündigt, obwohl erst am 19. d. Mts. der erste Wahlgang
stattfindet. Die Zentrumspresse bemüht sich, die Angst bei
den Freisinnigen noch zu steigern. Die „Germania“ knüpft
an die Situation in den beiden westfälischen Kreisen noch
weitergehende Betrachtungen und Hoffnungen. Sie hält schon
jetzt Umfragen nach anderen Wahlkreisen, in denen mit
der Zeit in gleicher Weise ähnliche Erfolge erzielt werden
können, so Danzig Stadt und Land, Deutsch-Krone,
Breslau-Land, Wiesbaden, Solingen, Worms und Bingen-
Lahn.

Altens-Jerlorn. Die freisinnige Parteileitung des
Wahlkreises Altens-Jerlorn hat mit Billigung der Berliner
Parteileitung für die am 10. d. Mts. stattfindende Stichwahl
die Parole: „Für den Zentrumskandidaten“
ausgegeben. Von vornherein haben wir nichts anderes er-
wartet. Selbst wenn die Freisinnigen nicht vom Zentrum
vor die Alternative gestellt worden wären, entweder in Jer-
lorn für den ultramontanen Kandidaten einzutreten oder auf
die Unterstützung des Zentrums in Hagen zu verzichten,
würde die freisinnige Parteileitung schwerlich eine andere

Stellung eingenommen haben, denn die fähigeren politischen
Köpfe, die einst in den besseren Jugendtagen der „Fort-
schrittspartei“ sich dieser angeschlossen hatten, sind längst gestorben
oder aus dem politischen Parteilager, das an deren
Stelle getreten ist, ausgeschlossen, und was unter Eugen
Richters Regime an neuen Kräften entstanden ist, das sind
„Kapazitäten“ von der Qualität der Herren Müller-Sagan-
Mugdan: politische Eintagsfliegen, für die nur der Tages-
erfolg ohne Rücksicht auf Mittel, Zweck und Ziel gilt. Wir
haben deshalb für selbstverständlich gehalten, daß trotz der
einstigen Kampfanfänge des großen Dichters Albert Träger
und anderer kulturkämpferischer freisinniger Vorden die frei-
sinnige Volkspartei ihre Mannen für Klode an die Wahl-
urne entbieten würde; und wir entrüsteten uns deshalb auch
über ihre Stichwahlparole nicht im mindesten, denn man soll
von Parteien wie von Individuen nichts fordern, was über
ihre physischen Kräfte hinausgeht. Würde deshalb die frei-
sinnige Presse einfach erklären: Wir treten für den Zentrumskan-
didaten ein, weil wir ihn für das kleinere Uebel halten
und die Unterstützung der Zentrumswähler in Hagen nicht
verlieren möchten, dann würden wir diese Stellungnahme
in Anbetracht der Entwicklung, die der einstige Fortschritt
genommen hat, für durchaus natürlich halten. Die Frei-
sinnigen, und zwar die Richtung Müller-Mugdan-Kopfs, wie
die Richtung Bachmide-Mosse, begnügen sich jedoch nicht mit
dieser Begründung. Um sich vor dem kleinen Teil ihrer
Anhänger zu rechtfertigen, der noch an den alten kultur-
kämpferischen Neigungen hängt, greifen sie allerlei gegen die
Sozialdemokratie gerichtete niederträchtige Verdächtigungen
der konservativen Blätter und des „Reichsverbandes gegen
die Sozialdemokratie“ auf, darunter auch die, die so-
zialdemokratische Parteileitung hätte im
Wahlkreise Altens-Jerlorn 1500 sozial-
demokratische Wähler zur Stimmabgabe
für den Zentrumskandidaten Klode ab-
kommandiert, um dadurch zu erreichen, daß dieser
und nicht der freisinnige mit dem sozialdemokratischen Kandi-
daten in die Stichwahl käme. So schreibt z. B. das
Mossesche „Tageblatt“:

„Wir nehmen keinen Anstand, es unerbittlich auszu-
sprechen, daß uns keine politische Partei in ihrer agita-
torischen und politischen Betätigung so unsympathisch ist,
wie die der „Genossen“. Nichtsdestoweniger könnte man
im Zweifel sein, ob man es nicht lieber sähe, wenn die
Liberale in Altens-Jerlorn ihre Stimmen dem Noten
gäben statt dem Schwarzem. Diese Zweifel werden jedoch
beseitigt durch verschiedene Erwägungen. Zunächst ver-
gegenwärtigt man sich, welche Rolle die Sozialdemokratie
bei der Hauptwahl in Altens-Jerlorn nach der bisher
unwidersprochen gebliebenen Mitteilung der „Deutschen
Tageszeitung“ gespielt hat. Danach hat die Sozialdemo-
kratie, wie wir mitgeteilt haben, 1500 Mann zur Stim-
mabgabe für den Zentrumskandidaten abkommandiert, um
so zu erreichen, daß statt des freisinnigen der Zentrumskan-
didat in die Stichwahl mit dem sozialdemokratischen
Kandidaten käme. Dies ist denn auch geschehen. Das
war eine von der sozialdemokratischen
Parteiaktive diktierte Perfidie. Die Li-
berale in Altens-Jerlorn haben keine Veranlassung, die
Perfidie, die sich gegen sie selbst richtete, zum Er-
folge zu verhelfen. Sie täten es auch dann nicht,
wenn nicht noch andere, allgemeine wie parteipolitische,
Rücksichten gegen eine Unterstützung des Sozialdemokraten
in Altens-Jerlorn sprächen. . .

Wir meinen, in einer Lage, wie es durch die Ge-
schichte in Altens-Jerlorn und Hagen-Schwelm geschaffene
ist, in einer Lage, wo einmal durch eine Unan-
ständigkeit des sozialdemokratischen Par-
teikommandos und zum anderen durch das Stim-
menverhältnis ein liberales Mandat verloren und ein an-
deres gefährdet ist, in einer solchen Lage hat der Li-
beralismus die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich
seiner Haut gegen seine Widersacher zu wehren.“

Eine gemeine Verbächtigung, und zwar wider besseres
Wissen; denn wie weit wir auch davon entfernt sind, die
Gefährlichkeit des Mosseschen Redaktionsstabes zu über-
schätzen, für so gering vermögen wir sie doch nicht zu halten,
daß wir annehmen versähten, sie glaubten allen Ernstes
an diese konservativ-antidemokratische Mär. Oder sollten wir
vielleicht in dieser Hinsicht doch die Herren überschätzen
haben?

Anerkannt muß übrigens werden, daß es immerhin
einige wenige wirklich liberale Blätter gibt, die gegen die
freisinnige Stichwahlparole protestieren. So erklärt z. B. die
„Nation“:

„Wären unsere speziellen Parteifreunde bei dieser
Stichwahl im Spiel, so würden wir keinen Augenblick
säumen, ihnen mit allem Nachdruck zu empfehlen, den
Zentrumsmann durchfallen zu lassen. Bei unseren
elenden Parteiverhältnissen tritt die Frage, ob durch
irgendeine Schacheret ein einzelnes Mandat gerettet wer-
den kann, völlig zurück hinter der politischen Erwägung,
daß alles geschehen muß, um die Wähler an eine resolute
Betätigung ihrer politischen Überzeugungen zu ge-
wöhnen.“

Und die „Zeit. Ztg.“ schreibt:
„Wir können diesen Stichwahlbeschlusse nur bedauern.
Die Rügelei betreffs der künftigen Wahl ist so geschraubt,
daß man deutlich erkennt, daß sie nur als Hülsenargument
für den Hauptgrund, die Hoffnung auf die Zentrumskan-
didatur in Hagen, mit herangezogen ist. Wir sind aber
der Meinung, man soll die Wahlaktive nicht über grundle-
gende Fragen entscheiden lassen. Und von grundsätz-
licher Bedeutung ist es doch, ob ein Anhänger einer frei-
heitlichen Richtung oder ein reaktionär gewählt wird; die
reaktionäre Natur des Zentrums aber kann heute nicht
mehr bestritten werden. Es ist übrigens noch sehr die
Frage, ob auch rein wahltaktisch die Parole klug war.
Denn zweifellos wird sie eine erhebliche Anzahl von
Wählern abstoßen, und die Aussichten für die nächste
Reichstagswahl schwerlich bessern. Auf die Dauer kommt
eine rückhaltlose Betonnung des freisinnigen Standpunktes
auch bei den Stichwählern jedenfalls dem entschiedenen
Liberalismus mehr zugute als derartige wahltaktische Rück-
sichten mit Augenblinderfolgen.“

Der Parteivorstand teilt im „Vorwärts“ mit, daß
der vor einigen Tagen im Zentralorgan erwähnte Plan der
Einrichtung einer höheren Bildungsinstitution bereits seit No-
vember im Bozener Gegenstand von Beratungen war, die

in der nächsten Woche ihren definitiven Abschluß finden.
Danach dürfte im nächsten Herbst der erste Kursus eröffnet
werden. Nähere Mitteilungen folgen. Weiter wird mitge-
teilt, daß im Laufe dieses Monats auch die angeklagte Wähler-
liste in der Partei gewünschte Parteiforension ins Leben tritt,
deren Aufgabe es ist, der Parteipresse und den zu der Bei-
tung und Betreibung der Agitation berufenen Genossen
laufend Agitationsmaterial zu liefern. Die Redaktion der
Korrespondenz liegt in den Händen der Genossen Dr. Erd-
mann-Düsseldorf, M. Grünwald und W. Schäfer-Berlin.
Erpedient ist der Genosse Githner. Alles weitere wird dem
Organisations- und betriebligen Genossen durch Rundschreiben
mitgeteilt werden.

Rußland.

Die Lage gestaltet sich nach und nach so schwierig, daß
auch von Kretzen, die sich bisher als schärfste Gegner des
Grafen Witte erwiesen haben, dessen Rückkehr in eine leitende
Stellung lebhaft gewünscht wird. Wie gemeldet wird, sind
in Nij-Nes, Sains, wo sich Witte mit seiner Familie
gegenwärtig aufhält, einige russische Notabeln eingetroffen,
angeblich, um zu erforschen, unter welchen Umständen Witte
geneigt wäre, an der Lösung der russischen Wirren in her-
vortretender Stellung teilzunehmen. Man fügt hinzu, daß
die vor kurzem noch stark mitteilendige Stimmung in Peter-
hof zu gunsten des ehemaligen Premieres umgeschlagen sei.
Witte selbst folgt mit größter Aufmerksamkeit den Vorgängen
in Rußland, ist aber zu keiner für die Öffentlichkeit be-
stimmten Äußerung zu bewegen. Die verfahrenen Ver-
hältnisse in Rußland werden u. a. durch folgende Notizen
charakterisiert: Nach den Enthüllungen des Fürsten Urussov
in der Duma behauptete ein Petersburger Blatt, die von
dem früheren Ministergehilfen bezeichnete Geheimdruckerei
des Polizeidepartements, in der die hekerischen Proklama-
tionen mit der Aufforderung zu Pogroms fabriziert wurden,
bestehe auch gegenwärtig noch fort und an der Spitze be-
finde sich der Stabsrittmeister Kommissarow, der politischen
Teil beorgen die Beamten des Departements Nachschuß,
Kondakow und Bipariski, als Staber waren ausschließlich
Genossen verwandt. Diese Behauptungen haben sich jetzt
als wahr herausgestellt und der Minister des Innern ver-
fügte, wie vor dem Zeit des Grafen Witte schon einmal
getan war, die sofortige Schließung der Geheimdruckerei.
Rittmeister Kommissarow wurde verabschiedet, die übrigen
Angestellten erhielten eine Monatsgage als Gratifikation
und wurden ebenfalls entlassen. — In einer Sonnabend im
Petersburg abgehaltenen Versammlung, an der etwa
4000 Personen teilnahmen, wurde das Agrarprojekt der
Arbeitergruppe einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Redner
stimmten darin überein, daß seine Verwirklichung zu furchtbaren
Folgen führen könne. Es wurde eine Resolution gefaßt, in
der das Projekt als unausführbar bezeichnet und der Hoff-
nung Ausdruck gegeben wird, daß die Arbeitergruppe das
Projekt fallen lassen und sich der sozialdemokratischen Ar-
beiterpartei anschließen werde.

Protest. Im Reichstagsbureau ist jetzt der Protest
gegen die letzte Reichstagswahl in Sjerlorn ein-
gegangen. Der Protest ist mit groben Beschöffen gegen die
gesetzlichen Wahlvorschriften begründet.

Nikolanschen hat Angst. Die geplante Vergnügungs-
tour des Zaren nach den isländischen Schären wurde neuer-
dings aus Sicherheitsgründen aufgegeben.

Die Reichsduma nahm die Vorschläge der Regierung
auf Bewilligung von 50 Millionen Rubel zur Umdenkung
der Hungersnot mit der Einschränkung an, daß nur
15 Millionen von der Duma bewilligt, der Rest aber durch
Abstriche an den Ausgaben der Budgets aufgebracht wer-
den soll.

Defizit — Miserate — Hunger. Die „Russische
Korrespondenz“ erhält aus Petersburg folgendes Telegramm
vom 6. Juli: In der Sitzung der Dumasmission, die sich
mit der Frage der Unterstützung der durch die Miserate in
Not Geratenen beschäftigt, gab Kolowzoff folgende Erklärung
über die Finanzlage ab: „Trotz der französischen Anleihe
wird sich dieses Jahr ein Defizit von etwa 130
Millionen ergeben, da die Ausgaben für
den japanischen Krieg falsch berechnet
wurden. Sie übersteigen die angelegte
Summe um beinahe 200 Millionen. Eine
äußere Anleihe ist nicht mehr möglich, da
schon jetzt die russischen Papiere niedriger
als die argentinischen stehen.“ — Eine innere
Anleihe hingegen erklärten die Kommissionsmitglieder für so
gut wie ausgeschlossen, und die Frage bleibt offen,
woher die Mittel zur Unterstützung der Hungernden genom-
men werden sollen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 9. Juli.

**Zuzug von Holzarbeitern aller
Branchen nach Lübeck ist streng fern-
zuhalten.**

**Die Malergehilfen sind von ihren
Meistern ausgesperrt worden. Zuzug
von Malern nach Lübeck ist streng
fernzuhalten.**

Die Sperre ist seitens des Transportarbeiter-
verbandes über die Zuhbetriebe von S. Wigger,
Nachwehr-Allee 5 und E. Wewers, Nachwehr-Allee 10,
verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit
treten.

**Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist
der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug.
Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!**

Achtung, Fußgänger! Ueber den Betrieb von A.
S. W. ist die Sperre verhängt.

Der Lehrvertrag zwischen Vater und Sohn. In
einer Strafsache betreffend Uebertretung des § 150 Biffer-
ta, Reichs-Gemeinverordnungs (Abschluß eines schriftlichen
Lehrvertrages) hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts
zu Breslau kürzlich folgendes Urteil über die Notwendig-
keit des Abschlusses eines Lehrvertrages zwischen Vater
und Sohn gefällt: „In der Sache selbst sind weitere tat-
sächliche Erörterungen nicht erforderlich. Die dem Ver-
zusageurteil zu Grunde liegenden Feststellungen ergeben

daß die Eingehung eines gewerblichen Lehrverhältnisses zwischen dem Angeklagten und seinem Sohn von den Beteiligten wirklich gewollt ist und auch tatsächlich stattgefunden hat. Der Angeklagte war daher verpflichtet, den Lehrvertrag gemäß der Vorschriften der §§ 126 b, 103 c, Abs. 1 Ziffer 1 G.-D. „ordnungsmäßig“ abzuschließen und zu diesem Zweck — da auf andere Weise ein rechtlich gültiger Abschluß nicht erfolgen konnte — gemäß § 1909 B.-G.-B. die Bestellung eines Pflegers für den Sohn herbeizuführen, damit durch dessen Mitwirkung der rechtsgültige Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages mit dem vorgeschriebenen Inhalt ermöglicht wurde. Da der Angeklagte dies bisher trotz Ablaufs der im § 126 b vorgesehenen vierwöchigen Frist unterlassen hat, war er nach § 150 Ziffer 4 a. a. O. zu bestrafen. Mit Rücksicht darauf aber, daß er infolge irriger Rechtsauffassung sich strafbar gemacht hat, war in Übereinstimmung mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft die gesetzlich niedrigste Strafe von 1 Mark, im Unvermögensfalle ein Tag Haft, für angemessen zu erachten. Es war somit, wie gesehen, zu erkennen. (§ 393, 394 Str.-P.-D.) Die Kosten des Verfahrens fallen nach § 497 Str.-P.-D. dem Angeklagten zur Last.

Das Sommerfest des Arbeiter-Radfahrervereins Lübeck fand gestern unter sehr zahlreicher Beteiligung statt. Von vielen Orten unserer näheren und weiteren Umgebung waren die Arbeiter-Radfahrer herbeigezogen, um mit ihren hiesigen Kollegen ein paar frohe Stunden zu verleben. Um 3 Uhr nachmittags begann das Fest mit einer Korsofahrt, die sich, unter Begleitung von zwei Musikkapellen, vom Vereinshaus nach dem Festlokal, Konzerthaus Lübeck, bewegte. Die Teilnehmer zählten nach Hunderten und erregten vielfach Aufsehen durch die wirklich schöne Schmückung ihrer Vehikel. Im Konzerthaus Lübeck entwickelte sich nach Ankunft des Zuges ein reges Leben und Treiben. Besonders Interesse erregten die Aufführungen, welche abends im Saale stattfanden und erst zur Ausführung gelangten. Ein Tanzkränzchen schloß das Fest, welches wohl alle Teilnehmer befriedigt hat.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 30. Juni d. J. im ganzen 126 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 2 Dampfer und 7 Segelschiffe total verloren gegangen. 94 Dampfer und 23 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Arbeitererfiko. Beim Michten des Neubaus der Mittelschule in der Glodengießerstraße fiel dem Zimmerer Schopf eine Art in die rechte Wange und verletzte ihn schwer. Nachdem Herr Arzt Naben den ersten Verband angelegt hatte, konnte sich der Verletzte nach seiner Wohnung begeben.

Handelsregister. Am 6. Juli 1906 ist eingetragen: 1. Die offene Handelsgesellschaft in Firma Haack und Blohm in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute H. E. C. Haack und E. J. F. Blohm, beide in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. Juli 1906 begonnen; 2. bei der Firma Heinrich E. C. Haack in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. die offene Handelsgesellschaft in Firma W. Berner u. Sohn in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind der Kaufmann E. Berner in Stralsund und der Goldschmied W. E. G. Berner in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. Juli 1906 begonnen; 4. die Firma Hermann Jacobs in Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck. Inhaber: Kaufmann J. G. H. Jacobs in Hamburg; 5. bei der Firma H. F. Voller in Lübeck: Jeglicher Inhaber: Kaufmann und Handelsgärtner Ch. F. Voller in Lübeck. Die Procura des Ch. F. Voller ist erloschen; 6. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma Lübecker Wach- und Schlichtgesellschaft mit beschränkter Haftung, Kölner Verband, in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Juni 1906 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Bewachung von Häusern, Fabriken und Grundstücken in Lübeck und Vororten. Das Stammkapital beträgt 40 000 Mark. Geschäftsführer ist der Kaufmann Nathan Engel in Lübeck.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Der große Erfolg, den der neueste Pariser Schwank „Herzogin Crève“ am Sonntag vor außerordentlich gut besuchtem Hause fand, veranlaßt die Direktion, das überaus komische Stück auch Dienstag, auf den Spielplan zu legen. — Mittwoch geht, neuinszeniert, das auch hier bekannte und beliebte Lustspiel „Alte Heidelberg“ einmalig in Szene. Zu dieser Vorstellung haben wiederum Schülerbilletts à 50 Pfg. Gültigkeit. — In Vorbereitung befindet sich für Freitag das Scribe'sche Lustspiel „Feenhande“.

Erlöschene Suche. Die Notlauffeuche auf dem Gehöfte des Bäckermeisters August Wäsche hierselbst, Fackenburg Allee No. 54, ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßnahmen sind aufgehoben worden.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Hohenhameln, welcher in einer Wirtschaft in der Mühlenstraße eine auf dem Buffet fließende Flasche Wein sich rechtswidrig angeeignet hatte. Im Besitz des Mannes befand sich außerdem noch eine silberne Taschenuhr mit Goldrand an welcher sich eine silberne einfache Kette befindet. In dem Deckel der Uhr befindet sich der Name F. B. Rothkilt und die Nr. 552728. Die Uhr dürfte von einem Diebstahl herrühren.

pb. Wegen Verbrechens gegen § 176 d. St.-G.-B. wurde ein hiesiger Arbeiter festgenommen.

pb. Hausfriedensbruch. Gegen einen an der Mauer wohnenden Buchhalter wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am Sonnabend Abend gegen 6 Uhr wurde vor dem hiesigen Postgebäude ein Fahrrad Marke „Badenia“ gestohlen. Das Rad hat schwarzes Gestell, hat schwarze Felgen, nach oben gebogene Lenkstange und ist mit Freilauf und Rücktrittbremse versehen. Die Fabriknummer ist 151741, Polizeinummer 5347. — Am Sonnabend Abend gegen 6 Uhr 20 Min. ist ein auf dem Vorhof zur Markthalle stehendes Fahrrad Marke „Nordstern“ gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, dito Felgen, nach unten gebogene Lenkstange und ist mit Freilauf und Rücktrittsbremse versehen. Die Fabriknummer ist 73336, die Polizeinummer 5372.

r. Schwartau. Nach Länge von der Kaiserin! Der Gesangsverein „Frohstinn“ feierte am 1. Mai sein Stiftungsfest durch Ausflug, Konzert und Festrrede, wobei der Verein verschiedene Lokale besuchte, ebenso wie in früheren Jahren. In den letzten Tagen sind nun diese Lokalinhaber mit Strafmandaten in Höhe von fünf Mark und die Kosten, insgesamt sechs Mark und dreißig Pfennige beglückt worden. Und zwar wegen Abhaltung unerlaubten Konzerts. Unwillkürlich drängt sich uns die Frage auf, ob wohl alle Vereine, welche täglich unsern Ort besuchen, ihre Konzerte anmelden? Wir wissen aber, daß hochangesehene Herren in den frühesten Morgenstunden, in animierter Stimmung „Die lustigen Nebelsdorfer“ sangen, ohne daß dies angemeldet war. Auch von Strafmandaten hat man hierbei nichts gehört. Natürlich nach dem Rechtsgrundsatz: „Gleiches Recht für alle!“ — Unglücksfall.

Mehrere Knaben fanden am Sonnabendnachmittag in der Nähe des Viehhafens Grundstücks ein Eichhörnchenest. Der zwölfjährige Sohn des Zigarrenarbeiters Scheel, in der Meinung, daß sich Junge in dem Nest befinden, kletterte hinauf, sah hinein, zog die Hand aber sofort wieder heraus, weil es ein Wespenest war. Diese Tierchen richteten nun den Knaben arg zu, weshalb derselbe eiligst vom Baum herunter wollte. Unglücklicherweise trat er fehl, fiel herunter und war so unglücklich auf einen Baumstumpf, daß er sich beide Arme bei den Handgelenken brach. Demnach hat dieser Jugendstreich für den Knaben als auch für die Eltern leider sehr traurige Folgen.

r. Schwartau. Warnung für Radfahrer. Bekanntlich ist am 1. Juli die Verordnung für Radfahrer in Kraft getreten. Da nun hierüber in radfahrenden Publikums vielfach Irrtümer herrschen, so wollen wir hier nochmals auf die wichtigste Bestimmung, betreffend das Befahren der Wege in und außerhalb geschlossener Ortschaften hinweisen. Die Verordnung sagt hierüber: Innerhalb geschlossener Ortschaften dürfen Fußwege von Radfahrern nicht benutzt werden. Außerhalb derselben können Fußwege benutzt werden, jedoch muß der Radfahrer den Passanten ausweichen. Hiernach kann der Weg im Postenlager von Radfahrern befahren werden, aber nicht der Weg längs des Fremdenlagers. Es sind bereits vor einigen Tagen Radfahrer zur Anzeige gebracht, weil sie den Fußweg „Am Moor“ benutzt haben. Man lasse sich also diese Zeiten als Warnung dienen.

Altenhof a. D. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Rahsburg. Tödlicher Unfall. Beim Abdecken des alten Viehstalles auf Neuvorwerk brach eine mürbe Latte und der auf der Latte stehende Arbeiter, ein Berliner im Alter von ca. 23 Jahren, fiel in die Tiefe. Der Schwerverletzte sollte in das hiesige Krankenhaus gebracht werden, starb aber auf dem Transport.

Gamburg. Zwei Personen ertrunken. Auf der Wille lenierte gestern Abend 7 1/2 Uhr in der Nähe der Wirtschaft von Siemers ein Ruderboot mit drei jungen Leuten. Alle drei fielen ins Wasser, und nur einem von ihnen gelang es, das Ufer zu erreichen, während die beiden anderen den Tod in den Wellen fanden. — Todesurteil. Ein auf dem Dampfer „Allmannia“ bediensteter Dockarbeiter namens Flügge stürzte gestern in den 23 Fuß tiefen Raum und verstarb auf der Stelle.

Rendsburg. Streit der Hafenarbeiter in Rendsburg. Wie aus Rendsburg geschrieben wird, haben die dortigen Hafenarbeiter Freitag morgen die Arbeit eingestellt. Schon Anfang Mai überreichten sie den Reedereien einen neuen Lohnarif, der am 1. Juni in Kraft treten sollte. Nach einer Unterhandlung reduzierten die Arbeiter die Forderungen derart, daß man glauben sollte, die Reeder hätten ohne weiteres die minimale Forderung bewilligt. Den Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Tarifs verschoben die Arbeiter auf den 1. Juli. Aber die Herren Reeder hatten bis jetzt keine Zeit, sie reisten vielmehr ins Bad. Als heute ein Dampfer gelockt werden sollte, wollten die Arbeiter wissen, wie es mit ihrer Forderung stände. Ihnen wurde durch Konsul Eng für den hierliegenden und den in nächsten Tagen zu erwartenden Dampfer die Forderung ausgestellt. Zur Anerkennung des Tarifs wollte der Herr sich aber nicht eher herbeilassen, bis sein Sozium aus dem Bad zurückgekehrt sei. Das Angebot lehnten die Hafenarbeiter ab, weil das nur hieße, den Reedereien Zeit gewinnen zu lassen. Zugang ist fernzuhalten.

Malchin. Vorspiel zum Fürst Wrede'schen Silberdiebstahl. Die bekannte Affäre des Dieners Wilhelm Glase, der der versuchten Erpressung gegen den Fürsten Wrede beschuldigt ist, beschästigte, wie bereits berichtet, zum zweitenmal die 1. Strafkammer des Landesgerichts I in Berlin. Wie bekannt, ist der Angeklagte, der eine kleine Vorstrafe wegen Diebstahls vor Jahren erlitten hat, am 15. April in Madrid aus den Diensten des Fürsten von Wrede entlassen worden. Er hatte sich nach Paris begeben und von dort aus unter dem 20. April vom Hotel Palais d'Orsay folgenden Brief an den Fürsten Wrede gerichtet: „Wie wäre es mit 50 000 Mark? Palais d'Orsay will nur sein Silber, dann will es schweigen. Kaiserhof, Westminster und Spanischer Hof weiß noch nichts, erzählt es aber sofort, wenn bis Dienstag keine Nachricht da ist. Ebenfalls ein Artikel in der Zeitung. Denken Sie an den jungen Fürsten, der auch in Mitleidenschaft gezogen würde, sowie alles, was Wrede heißt.“ — Der Angeklagte behauptet wieder, er habe mit dem Briefe nur den Zweck verfolgt, den Fürsten zu ärgern. Er habe die 50 000 Mk. erwähnt, weil der Fürst, der sehr geizig sei, mit nichts geärgert werden konnte, als mit dem Hinweis auf Geld. Er habe gleich am 16. April von Madrid aus an die Berliner Hotels die Silberdiebstähle zur Anzeige gebracht und der Fürst habe auch schon gewußt, daß die Silberdiebstähle im Palais d'Orsay schon bekannt waren. Der Angeklagte erzählte, in Madrid sei er entlassen worden, ohne daß ihm der Fürst das ihm zustehende Gehalt gab. Darauf habe er ihm gesagt: Sie haben in vier Hotels gestohlen und das weitere wird sich finden! Wegen der ihm widersprechenden Behandlung, habe er darüber nachgedacht, wie er den Fürsten ärgern könne. Daß er denselben nur an seiner schwächsten Seite, dem Geldhunger, packen könne, sei ihm klar gewesen. Er habe sich deshalb hingelegt und einen Brief entworfen, in welchem er von mehreren Millionen sprach, was schon zeige, daß das ganze nicht ernst gemeint sei. Er habe diesen Entwurf aber nicht benutzt, sondern den anderen Brief geschrieben, in welchem von 50 000 Mark die Rede war. Eigentlich habe er die Absicht gehabt, zu der Ziffer 50 000 Mark hinzuzufügen: „für die Armen“. Er befreite sich entschieden, daß er wirklich 50 000 Mark habe erlangen wollen. Er habe auch schon früher einmal durch einen anonymen Brief an den Kaiserhof die ganze Sache dem Direktor des Hotels mitgeteilt und die Strafanzeige gegen den Fürsten und die Fürstin Wrede in Gütstrom beim Malchin erstattet. Da nach § 4 Ziffer 3 des Strafgesetzbuchs wegen einer im Ausland begangenen Tat in der Regel Verfolgung in Deutschland nur erfolgen kann, wenn die Tat durch das deutsche Gesetz und die Gesetze des Ortes mit Strafe bedroht ist, an welchem die Tat begangen wurde, so wird die Frage erörtert, ob französisches oder spanisches Gesetz in Anwendung käme und ob die Gesetze dieser Länder Erpressungsversuch mit Strafe bedrohen. Nach der bei Gericht befindlichen Untersuchung des spanischen Strafgesetzes und nach dem code civil ist versuchte Erpressung strafbar. Der Verteidiger bemerkt: Er habe Erdkundungen auf der spanischen Botschaft eingezogen und erfahren, daß nach spanischem Recht versuchte Erpressung nur strafbar ist, wenn die aufgestellten Behauptungen unrichtig waren. In den hier verhandelten Fällen seien die Behauptungen aber richtig, denn es stehe fest, daß die Fürstin Wrede in den verschiedenen Hotels Silbergerät und andere Dinge gestohlen hat und der Fürst um die Sache wohl gewußt habe. Der

Verteidiger stellt den Antrag, ein Rechtsgutachten von dem Professor Castellin in Madrid einzuholen, da ein deutsches Gericht bei der Schwierigkeit der Frage nicht beschließt, den Antrag auf Einholung eines Rechtsgutachtens abzulehnen, da der Gerichtshof selbst über die Rechtsslage schlüssig werden könne. Der als Zeuge vernommene Direktor des Kaiserhofes, Herr Nils Trulsson, bestätigt dem Angeklagten, daß dieser von Madrid aus geschrieben habe, daß im Schlosse Bafedow Silbergerät aus dem Kaiserhof bewahrt und benutzt werde. Von Paris hat er dann persönliche Rücksprache in Berlin in Aussicht gestellt und ist dann auch hier erschienen und hat persönlich seine briefliche Mitteilung bestätigt. Schon im Herbst ist in einem anonymen Briefe auf die Silberdiebstähle hingewiesen worden. Ob der Kaiserhof von der Fürstin Wrede bestohlen worden ist, weiß der Zeuge nicht; seit drei Jahren hat die Fürstin nicht mehr im Kaiserhof logiert. Daß im Hotel Silber fehlt, ist richtig. Auf Befragen des Verteidigers bekundet der Zeuge, daß der Angeklagte bei der Rücksprache von Geld nichts gesagt und auch nicht angedeutet hat, daß er vom Fürsten Wrede Geld haben wolle. Später hat der Angeklagte einmal brieflich erneut um eine Stellung gebeten, es war aber keine Stelle frei. Der Zeuge hat auf die Mitteilung des Angeklagten nichts veranlaßt. Direktor Scheurer vom Westminster-Hotel macht gleiche Mitteilungen. Auch hier ist der Angeklagte persönlich erschienen, nachdem er zwei Briefe aus Madrid und Paris geschrieben und teilte mit, daß Silbergerät, welches aus dem Westminster-Hotel gestohlen worden, sich in der Silberkammer zu Bafedow befindet. Auch bei diesem Zeugen hat der Angeklagte nicht von der Absicht des Gelderwerbes gesprochen. Es wird noch der Diener Kary vernommen, der jetzt noch im Dienste des Fürsten steht. Nach seinem Zeugnis sei der Angeklagte entlassen worden nach einem Streit mit der Haushälterin Weidig, der wegen seines Verhältnisses mit der auch im Dienst der Fürstin stehenden Braut Wiers entstanden war. Der Angeklagte war durch die Vorgänge in große Erregung versetzt. Auf Befragen des Verteidigers erklärt der Zeuge: er habe gewußt, daß in Bafedow fremdes Silbergerät benutzt wurde, wisse aber nicht, woher es stamme. Im Kreise der Dienerschaft ist vielfach darüber gesprochen worden. Auf eine weitere Frage bekundet der Zeuge: der Fürst sei in Geldsachen sehr genau; sein Chauffeur habe erzählt, der Fürst habe versucht, ein Paar Pneumatik über die Grenze zu schmuggeln, um den Zoll zu sparen. Wichtig sei es auch, daß einmal eine mit „Beltsachen“ besetzte Kiste in Bafedow angekommen sei, die, als man sie aufmachte, lauter Silbersachen enthielt. Der Angeklagte habe in dem Streit mit der Weidig zu dieser gesagt: Wenn ich nach Deutschland komme, soll Ihr an mich denken! Staatsanwalt Wanning führt aus, daß hier der einschlägige Tatbestand der versuchten Erpressung vorliege. Das Motiv sei auch ganz deutlich: Der Angeklagte habe die Wrede, die sich in geeigneten Umständen befände, heiraten und sich Geld verschaffen wollen. Es könne sich nur um die Strafmaßnahme handeln, denn nach französischem wie auch nach spanischem Recht sei das Delikt der versuchten Erpressung strafbar. Möge man annehmen, mit der Absendung des Briefes oder mit dem Empfang des Briefes sei der Tatbestand vollendet — in beiden Fälle liege eine strafbare Handlung vor. Hier sei ein entlassener Diener mit dem Versuch hervorgetreten, von seiner Dienstherrschaft Geld herauszupressen. Mit Rücksicht auf die hohe Summe und die bewiesene Niedrigkeit der Bestimmung beantrage er 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger beantragt die Freisprechung. Das Schicksal des Angeklagten würde doch geradezu tragisch sein, wenn er hier verurteilt würde. Die Herrschaft, die unter Mißachtung des Vertrauens, welches Leuten in so bevorzugter Lebensstellung in Hotels entgegengebracht wird, überall Sachen mitgenommen hat, befände sich auf freiem Fuß, der Angeklagte aber, der dieses Treiben aufgedeckt hat, sitze nun schon lange in Untersuchungshaft. Die Fürstin dagegen sei in ein Sanatorium gebracht worden und zwei Gutachter hätten schon Kleptomanie festgestellt, es sei ein Haftbefehl gegen den Fürsten und die Fürstin erlassen worden, es stehe fest, daß man in Bafedow von Silber gegessen, das in Hotels gestohlen und nur mühsam verlohrt worden sei; Fräulein Weidig sei dringend verdächtig, daß sie mit Eisen den Wirtshaus gehandhabt hat — und da soll nun der Angeklagte, der die Sache an die große Glocke gebracht, ins Gefängnis wandern! Der Angeklagte verdiene nicht Antipathie, sondern Sympathie. Bei der Behandlung, die der Angeklagte in Madrid erhalten, sei es durchaus glaubhaft, daß er in große Wut gegen das fürstlich Wrede'sche Ehepaar geraten sei und lediglich um den Fürsten zu ärgern und wegen seines Geizes zu verhöhnen, den Brief geschrieben habe. — Nach kurzer Beratung hielt das Gericht den Angeklagten der versuchten Erpressung überführt und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. — Wann wird nun gegen die Fürstin Wrede wegen Silberdiebstahls verhandelt werden?!

Beste Nachrichten.

Stettin. Sonnabend vormittag wurde bei einer Feldbestäubung der Basewalter Kürassiere ein Reiter mit seinem Pferd vom Stettin-Lübecker Zug überfahren. Das Pferd war sofort tot, der Kürassier starb bald darauf in Garnison-Lazarett.

Breslau. Die „Bresl. Ztg.“ meldet: Die Witwe des Oberlehrers Ulrich und deren Sohn wurde wegen raffinierter, seit Jahren fortgesetzter Schwindelen verhaftet. Frau Ulrich soll etwa 300 000 Mk. von einer Anzahl Personen aller Gesellschaftskreise unter Beihilfe ihres Sohnes erschwindelt haben.

Magdeburg. In der Nacht zum Sonnabend fuhr im Dorfe Gerwisch ein von Berlin kommendes Automobil gegen einen Brellstein. Die Insassen wurden hinausgeschleudert. Zwei von ihnen, Gustav Silberstein und Fräulein Anna Dankert aus Berlin, erlitten Schädelbrüche, während der dritte Insasse und der Chauffeur leicht verletzt wurden. Die Verletzten fanden im städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Tschischen (Kreis Großwartenberg). Im Dorfe Polnisch Steine erklug der Witz den früheren Gemeindevorsteher Freitag und dessen 18jährige Tochter in der Wohnstube, während die bei ihnen befindliche Frau und die übrigen Kinder unverfehrt blieben.

Bitteraristisches.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung. Herausgeber: Dr. Südekum, Verlag: Paul Singer, Berlin. — In der letzten erschienenen Nr. 27 dieser Zeitschrift behandelt Friedrich

Planis in Wurz die Errichtung und Verwaltung öffentlicher Gaststätten durch die Gemeinden. Emil Kisch in Dresden bringt einen Artikel über die Pensionsberechnung der Gemeindebeamten in Sachsen. Dann enthält die Zeitschrift eine Abhandlung über die vom Stadtvorordneten Paul Pirich in Charlottenburg verfasste Broschüre „Kommunale Wohnungspolitik“. Unter der Rubrik „Gesundheitswesen“ findet sich ein beachtenswerter Aufsatz „Zum Kampf gegen die Kind-erblindheit“. Es folgen u. a. Mitteilungen über die Ergebnisse der Wohnungsinpektion in Essen und Dresden, sowie eine Reihe anderer Beiträge auf dem Gebiete des Bildungswesens, der Gemeindeverwaltung, des Finanz- und Steuerwesens etc. Die „Kommunale Praxis“ ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zum Preise von 2,50 Mark pro Quartal zu beziehen.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:
 Oberlehrer am Johanneum Dr. phil. Binder. Wäcker und Kontitor Blau. Arbeiter Bormann. Dachbeder Jüstl.

Sonntag nacht ein kräftiger Junge geboren. L. Skerat und Frau Elise, geb Brindmann.

Unserm Kollegen, dem Stützer Friedr. Haack zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch. Deine Kollegen.

Ein freundlich möbl. Zimmer für einen jungen Mann, mit Kasse. Dasselbst ein guterh. Rodanzug, schwarz, H. Figur, 10 Mk. Mittelstraße 2.

Eine kleine Wohnung zu verm. an ruhige Leute. Meierstraße 8 a.

Eine freundliche Zweizimmer-Wohnung mit Stall und Garten zum 1. Oktober zu verm. F. Kuntzel, Schönböden.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung mit Stall im Preise von 160-200 Mk. Off u. J K an die Exp. b Bl.

Eine Bettstelle mit Matratze und etwas Bettzeug billig zu verkaufen. Augustenstraße 11 a.

Junge Enten und Gänseküken. Krähenstraße 18.

Ein Hund aus Lübeck zugelaufen am 7. Juli, Steuerzeichen 503. Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten bei Conrad Howoldt, Maurer, Redenburg.

Sehr gute
5- u. 6-Big.-Zigarren
 in leicht, mittel und stark,
 sowie sämtliche gangbare Sorten
 Rauch-, Kau- und Shegtabake
 empfiehlt preiswert
Fedder J. Behm
 Lüchowstraße 13.

Delikate
Sommerfang = Heringe
 von 3 Stück 10 Pfg. an,
do. Juni-Matjes
 10 und 15 Pfg.
Fischhalle „Hansa“
 Tel 1869. Fünshausen 33.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
 Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
 1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
 macher
 Königstraße 62, b. d. Hühnerstr.

Adolf Hübner, Uhren u. Gold-
 u. Reparaturwerkstatt. Fünshausen 13.
 Bezugsquelle nur guter Sorten Matjes.
 Sommerfang, und Hochheringe, von 3
 Anchovis bester Qualität, feinste delikate
 Matjes u. Sommerfangheringe, 5. Simbeer,
 u. Reichardt. Fabrik des Herall bester nach
 alter bewährter Bunge'scher Methode
 hergestellten Stings und Stingsbritts, von
 Weir, Simbeer, Erzeugend. Gewürz-
 und Konfektions-Ges. König-Str. (Anstalt)
 vorzüg. Siamische-Str.
 K. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl!
 H. L. Wiegel's vorm. J. C. Bazar
 Königstr. 61. Reparaturwerk 217

**Verband der
 Schneider und Schneiderinnen**
 und verw. Berufsgenossen Deutschl.
 (Zustellstelle Lübeck)

**Mitglieder-
 Versammlung**
 am Dienstag den 10. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung be-
 stimmt gemacht.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist drin-
 gend notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Sieling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwig. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Oberlehrer an der Realschule i. E. Dr. phil. Gaus. Ober-
 lehrer am Johanneum Dr. phil. Grabe (Trabensmünde). Schul-
 mann Haase. Elementarlehrer Hoffmann. Schmiedegehilfe
 Kirchner. Arbeiter Lau. Elementarlehrer Kretschmar. Feuer-
 wehrmann Kieckhof. Pensionärberechtigter Hilfsarbeiter bei
 der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeverwaltungen Köh-
 bra. Oberlehrer an der Realschule Dr. phil. Roth. Ober-
 lehrer am Katharineum Dr. phil. Sander. Oberlehrer am
 Johanneum Dr. phil. Schmidt. Maurermeister Schwarz.
 Elementarlehrer Seemann. Tabak- und Zigarrenhändler
 Trost. Maurergehilfe Vogler. Buchhalter Wacker.
 Dieselben haben am 27. Juni 1906 vor dem Senate
 den Bureaub gelehrt.

Lübeck. Marktpreise vom 7. Juli
 Bauern-Butter Pfd. 1.10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1.20,
 Hafen Stk. — Mk., Enter Stk. 3-3.50 Mk., Hühner
 1.80-2.00 Mk., Küten Stk. 1.20 Mk., Tauben Stk. 0.60
 Gänse Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schwein-Kopf
 Pfd. 0.60 Mk., Schinken Pfd. 1.20 Mk., Wurst Pfd. 1.30 Mk.,
 Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Varr.
 Pfd. 1-2.40 Mk., Karaulchen Pfd. 80 Pfg., Getreide Pfd.
 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0.80 Mk., Aepfel

beste Gravensteiner 100 Pfd. — Mk., Konnen 100 Pfd.
 — Mk., andere Sorten 100 Pfd. — Mk., Pfäumen
 100 Pfd. — Mk., Blumentohl, b. Kopf — 25 Pfg., Gr. bgr.
 Kirchen Pfd. 35 Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gur zu
 Pfd. 4.50 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 6 Mk., Kartoffeln, best-
 frans., 200 Pfd. 6.00 Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum
 bonum 200 Pfd. 4.00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg.
 Heringe 2 St. — 10 Pfg., Dorische genüg., Brachsen Pfd.
 — Pfg., Gemüse genügend.

Ämtliche Notierungen der Produktbörse.
 Inländisches Getreide. Lübeck, 6. Juli.
 Weizen, 125-130 Pfd. holl., Mk. 180-185, Roggen
 120-125 Pfd. Mk. 160-165 Hafer, je nach Qualität
 Mk. 165-175, Gerste je nach Qualität Mk. 150-165

Sternschau-Biehmarkt.
 Samburg, 7. Juli 1906.
 Der Schweinehandel verlief lebhaft.
 Zugeführt wurden 1656 Stück, davon vom Norden —
 Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine:
 schwere 65-67 Mk., leichte 68-69 Mk., Sauen 56-62 Mk.
 und Ferkel 64-68 Mk. pro 100 Pfund.

Adler-Bräuerei

Lübeck. Fernspr. 693. Lübeck.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
Reden und Schriften.
 Neue Gesamt-Ausgabe.
 Herausgegeben
 im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
 von Ed. Bernstein.
 Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.
Bandausgabe:
 Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
 in Halbfranz gebd. (Leihhabereinband) „ 4,—
 Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
 in Halbfranz gebd. (Leihhabereinband) „ 5,50
 Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
 in Halbfranz gebd. (Leihhabereinband) „ 5,—
 Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Weisens der deutschen
 Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem
 Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Wir empfehlen folgende neue Schriften:
 Politischer Massenstreik 20 Pfg.
 Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat 10 Pfg.
 Kommunale Schulpolitik 50 Pfg.
 Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen 30 Pfg.
 Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen 20 Pfg.
 Wie schütze ich mich als Soldat vor Misshandlungen 50 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

„Die Neue Zeit“
 — Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. —
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Sozialdemokratischer Verein
 von Stockelsdorf und Umgegend.

General-Versammlung
 am Mittwoch den 11. Juli 1906
 abends 8 1/2 Uhr
 im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Vorstandswahlen.
 3. Delegiertenwahlen.
 4. Abrechnung vom 2. Quartal 1906.
 5. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband
General-Versammlung
 am Dienstag den 10. Juli
 abends 8 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung.
 2. Wahlen.
 3. Bericht über den Streit.
 4. Verschiedenes.
Die Lokalverwaltung.
F. G. T. O.
 Deutsche Großloge □ Lubeca No. 59
 tagt jeden Dienstag und Freitag
 abends 9 Uhr
 bei H a s s e, Johannisstraße 25.
 Aufnahme neuer Mitglieder daselbst.

Achtung!
Pastidienerbeiter!
 Platz-Versammlung
 der Firmen
Sager-Klüssmann und E. Meier
 am Dienstag den 10. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
 Tages-Ordnung:
 Regelung der Ueberstundenlöhne.
 NB. Die betreffenden Arbeiter müssen sämtlich
 erscheinen
Der Einberufer.

Achtung Maler!
Versammlung
 heute, am 9. Juli
 abends 9 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
 Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Ausflug
 der Fackenburgler Liedertafel
 am Sonntag den 15. Juli 1906.
 Abmarsch von L. Paetau
 morgens 9 Uhr.
 NB. Diejenigen Mitglieder, welche die Tour
 mitmachen wollen, müssen sich spätestens am
 Mittwoch den 11. d. Ms. bei den Kassierern
 H. Lütgens und C. Scharbau melden.
 Fahrpreis 1.65 Mk.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
 Dienstag den 10. Juli 1906. 8 Uhr.
 Zum 3. Male.
 Der Sensationschlager!
„Herzogin Crevette“.
 Schwank in 4 Akten v. Feytaud.
 Mittwoch: **Mit-Heidelberg.**
 Vorverkauf bei F. W. Raibel, Otto
 Vorherr, Breitestr. u. Drefalt, Sandstr.
 Duzendbilletts sind a. b. Theaterkasse zu haben.
 Ab 9 Uhr: Schnittbilletts.

An die Parteigenossen des Fürstentums Lübeck!

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck findet in Ahrensbovel am Sonntag den 22. Juli 1906, nachmittags 2 Uhr, statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Zentralvorstandes.
2. Bericht der Ortsvereine.
3. Bericht von der Dübener Landeskonferenz.
4. Anträge und Kandidaten-Vorschläge zum Schlesw.-Holst. Parteitag in Rendsburg.
5. Organisation und Agitation. Ref.: Reichstagskandidat Genosse Joh. Stelling.
6. Wahlen.
7. Beschiedenes.

Die Generalversammlung ist öffentlich. Die Kosten werden ersetzt, schließlich die Delegiertenwahlen vorzunehmen.

Der Zentralvorstand.
J. A. P. Sid,
Stadtschloß.

Ein Reichsverbändler.

Die neueste Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ enthält das Porträt eines Wanzenredners des Reichsverbandes. Wie entnehmen der interessanten Darstellung die wesentlichen Angaben:

Gußav Erwert, heute wohlhabender Gewerkschaftler des reichsten Raappra-Bereichs von Niederelbe, mit einem Jahresgehalt von 5000 Mark und Reispfeifen, ist noch vor wenigen Jahren ein armer Bergmann im Siegerland gewesen. Er hat sich in wenigen Jahren „glänzend entwickelt“, so daß er heute einer der Hauptwunderredner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, wo er ebenfalls eine zeitlang als Sekretär mit einem Jahresgehalt von 3000 Mark angestellt war. Bei der Reichstags-Wahlwahl in Elberfeld war Erwert vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für eine Agitationsreise nach Hannover angestellt, erschien aber nicht, weil er ebenfalls einen Besuchsbesuch mit den Leuten des Vergarbeiter-Verbandes beabsichtigte, der für ihn nicht angenehm sein konnte, aber am Niederrhein hat er damals gewirkt und jetzt wieder bei der Reichstagswahl in Hannover. Bei Reichstagswahlwahl in Jena-Eisenach erschien er ebenfalls, vom Reichsverband ernannt, als Drachensitzer auf dem Raappra-Platz und verzapfte gegen die Sozialdemokratie die ungeheuerlichsten Gemeinheiten, die als Groß-Über-Jena diese Gemeinheiten zu lächerlich, ließ „Ehru“ Erwert nach dem Rade, und über wurde wegen Verletzung des Reichsverbändlers mit 50 Mk. bestraft. Auch das Abhängig-Geschäft und Mittelstandsglaub hat er schon bereist und die unglücklichsten Rändergeschichten von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgetragen. Im niederelbischen Vergarbeiterkreis hat er seine ganze Redefamkeit in den Dienst der Unternehmung gestellt und die Arbeiter zum Streiktreiben und gegen den Vergarbeiter-Verband aufzubringen versucht zum Glück ohne Erfolg. Auch die „christlichen“ Gewerkschaften bekämpfte Erwert heutzutage, denn als besoldeter Turner des Fürstlichen Platz muß er auch die „christliche“ Meinung vertreten und die Fürstlichen Gewerkschaften, die nicht einmal die katholische Fachabteilung bilden, geschweige denn die internationalen „christlichen“ Gewerkschaften, die dem Unternehmertum unter Umständen die Fährte zeigt.

Am 1. Oktober 1902 traten aus dem unter R. Breibach Leitung stehenden „christlichen Verein der Berg-, Hütten- und Metallarbeiter“ etwa 6000 Mann zum „christlichen Gewerkschaftsverein“ unter August Bruff über. Diesem Verein gehörte Erwert an und war zweifellos eines seiner bestfähigen Mitglieder, weshalb man ihn auch auf Kosten des Gewerkschaftsvereins nach M. Gladbach in die jesuitische Drillanstalt schickte — einer der ersten evangelischer Konfession, die dort als „Kämpfer“ ausgebildet worden sind — wo er die erste Weiche für seine Laufbahn erhielt. Er hat dem Gewerkschaftsverein und vor allem seinem damaligen Beherrscher, auf dessen Veranlassung ihm die Ausbildung wurde, sehr schlecht gedankt. Um dieselbe Zeit ging man auch zur Gründung eines Raappra-Bereichs für die Siegerländer Berg- und Hüttenarbeiter über und Erwert wurde mit der Leitung dieses Bereichs betraut. August Bruff erlebte wenig Freude an seinen Siegerländer Untertanen, denn schon auf der General-Versammlung des Gewerkschaftsvereins 1903 in Dortmund kam es zu Reibereien zwischen den Siegerländern und Bruff. Sie protestierten gegen den Beschuß von 2000 Mark aus der Gewerkschafts-Kasse für die damals schon bankrotte Krankenzuschußkasse „Blind auf“, ebenso protestierten sie gegen die schone und ruppige Scherzweise des „Bergknappen“ gegenüber den freien Gewerkschaften und vor allem dem Verbande und schließlich verlangten sie mehr Berücksichtigung ihrer sozialen Verhältnisse im „Bergknappen“. Bruff behandelte sie hochfahrend und proph, was zu einer offenen Rebellion gegen ihn führte, die noch in demselben Jahre mit dem Abfall der Siegerländer endete. Diese Rebellion wurde geleitet von Erwert, Will, Schneider und Laus, jedoch war Erwert der geistige Leiter derselben, denn er war es, der in jener für Bruff so bewährlichen Konferenz in Wehdorf, Herbst 1903, die Siegerländer bezaubert gegen ihn aufbelebte, daß Bruff in einem Geheimkaktar vom 23. November 1903 schrieb:

... und einer brachte sogar, wenn er mich allein hätte, würde er mir das Messer im Lobe herumzucken. Schönes Geschäft, diese Heuchler, welche sich christliche Arbeiter nennen.“

In demselben Briefe fällt Bruff über den M. Gladbacher Bölling Erwert folgendes Urteil:

Was hat so ein junger Laffe für Verdienste für die große Arbeit, die Leistung eines großen Bereichs und das Schreiben eines wackeren Blattes wie den „Bergknappen“... Wenn ich mich von einem noch so jungen Mann, der gleichfalls nur eben trocken hinter den Ohren ist, belehren lassen müßte, wäre unser Gewerkschaft nicht zu dem geworden, was er heute ist.“

Der „Lange Laffe“ — nach Bruff — wußte sehr gut, was er wollte, und war diesem ebenbürtig, hat über schwere Stunden herrscht und an den Willern, die er gegen Bruff angewandt hat kann man den ganzen Erwert erkennen und schon hier hat er sich reich bewiesen für seine heutige Stellung.

Erwert war es (heißt es in der „Vergarbeiterztg.“ weiter), der unangefordert an uns das ganze Material geschickt hat, womit wir Bruff zu zerschlagen. Von Erwert erhielten wir die Geheimhaltungen, von ihm erhielten wir interne Vorgänge aus Vorstandssitzungen des Gewerkschaftsvereins — zwar vor Will geschleiert. Der Fuchs jagte bei diesemerrat keine Spuren zu bemerken — er hat uns den Inhalt jener obernichtigen Postkarte mitgeteilt, die Bruff an Breibach geschrieben hat, daß je ruppiger der Hund, desto mehr Fährte; von ihm wurde uns mitgeteilt, daß Bruff zweiter Klasse fahre, und als unser Kommando Leinwand ihm auf einer Durchfahrt 1903 in Eisenfeld aufsuchte, wurde er von dem heutigen Sozialistenführer Erwert auf freundschaftlichste aufgenommen und bewirtet. Bei dieser Gelegenheit sagte Erwert, daß er die „Vergarbeiter-Zeitung“ mit Wohlgehe lese und die Vorfahrungen des Verbandes im vollen Umfange anerkenne. Zur Sozialdemo-

kratie dürfe er sich aus wirtschaftlichen Rücksichten nicht bekennen, auch wäre er noch nicht Sozialdemokrat, da er noch nicht Gelegenheits und Zeit gehabt hätte, sich dem Studium der Parteiliteratur zu widmen, aber sympathischer tue er mit der Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit im Reichstage fände seine Anerkennung. So handelte und sprach der Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch vor 3 Jahren. Sodann erklärte er sich bereit, noch weitere Vertreter am Gewerkschaftsverein aus der M. Gladbacher Jesuitenschule zu begeben, doch haben wir sie nicht verlangt.

Durch die Streitigkeiten mit Bruff hatte auch der unter Leitung Erverts stehende Konsumverein sehr zu leiden und geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Deshalb wandte sich der heutige Reichsverbändler Erwert in einem Schreiben am 8. April 1904 an den sozialdemokratischen Verband um ein Darlehen von 20000 Mk. Würde das Darlehen gewährt, so würde das zur Förderung unserer und auch ihres Verbandes bedeutend beitragen, oder mit anderen Worten, es sollte zur Verschmelzung der Siegerländer mit dem Verbande führen. Das Darlehen mußten wir ablehnen, und damit war die Erwert'sche „Freundschaft“ dann auch zu Ende.

Im September 1904 „legte“ Erwert die Leitung des von ihm geschaffenen Konsumvereins plötzlich „nieder“. Mehrfach hatte er seine Befugnisse überschritten und lebte mit seinen Kollegen in ständiger Feindschaft, suchte einige hinauszuwerfen, bis er selbst „hinausgeschoben“ wurde. An die Versicherungsfirma Wallbrecht-Düffeldorf hatte er das Geschäft gestellt, ihm von den bezogenen Waren Provisionen zu gewähren, dann wollte er der Firma alle Aufträge antowmen lassen. Der Vorstand des Konsumvereinsleiters und „christlichen“ Arbeitervereins ließ nach Provision. Der Revisor der Firma teilte dem Aufsichtsrat dieses Ansehens Erverts mit, worauf eine lange Nacht Sitzung stattfand, deren Resultat war, daß Erwert am anderen Morgen die Schlüssel abgab und die Stätte seiner Tätigkeit verließ. Die Vorgänge dieser Sitzung, sowie die Unterlagen der Verhandlungen sind uns nicht bekannt, weil die Aufsichtsratsmitglieder strengstes Schweigen gebietet haben, aber die Sache muß für Erwert sehr schlecht gefanden haben, denn wir nichts für nicht sagte man den einflussreichsten Mann und besten Redner der Siegerländischen Vergarbeiterzeitung nicht aus Stellung und Brot.

Auf Protektion Süders wurde er dann als Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit 3000 Mk. Jahresgehalt angestellt und zog als Wanderredner mit Söder-Wre und M. Gladbacher Titeln zur Veranschaulichung der Arbeiterpartei und Bewegung durch's Land der Gottesfurcht und frommen Sitte. Später vertrieben seine Freunde ihm eine noch bessere Stellung beim Fürstlichen Platz, wo er jetzt „Kontingenz“ Meinung auf fürstlichen Wunsch macht und nebenbei mit der alten Ware noch weiter auf Reisen geht und mit pfiffiger Demagogie die schändlichsten Gemeinheiten mit überlegter und ausgefeilter Rhetorik gegen die Arbeiterpartei und die freien Gewerkschaften sowie einzelne lebende Personen schleudert.

Sozialistisches und Parteileben.

Verhandlungstag der Sozialisten. Am letzten Tage wurde nach langer Debatte beschlossen, den Sitz des Verbandesleitung von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Der Sitz des Ausschusses ist fortan Hamburg. Nach Regelung der Geschäftsfrage wurden Vesper, Danabrid zum 1. Vorsitzenden, Weder, Hamburg zum Redaktoren und Splitt, Hamburg zum Kassierer gewählt. Die Verabschiedung vom Gewerkschaftsverband fand durch Annahme folgender Resolution ihre Entledigung: „Die Generalversammlung nimmt von Berichten über den Gewerkschafts-Kongress in Köln sowie vom internationalen Arbeiterkongress Abstand. Sie erklärt sich mit der durch das Fachblatt erfolgten Ver-

Im Banne des Spiritismus.

Bekannt von Friedrich Thieme.

(54 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sollte man nicht annehmen, daß wer einmal in einigen Sünden liegt, auch in seinem übrigen Tun und Handeln nicht wahrhaftig ist?“ fragte Professor Simrath.

„Sie vergessen, daß wir es in diesem Falle mit einem erzenteilichen Geschöpfe zu tun haben. Eine Person, wie Miß Hyde, muß mit andern Maßstäben gemessen werden, als andre Menschen. Wir hätten sie wohl kaum so bald von uns gelassen, wenn sie sich nicht in Begleitung Mr. Bows befunden hätte — mit diesem Herrn wollten wir nichts zu schaffen haben.“

„Warum nicht?“

„Ich mag mich nicht zum Sprachrohr von Behauptungen hergeben, Herr Professor, deren Richtigkeit ich nicht zu prüfen vermag.“

„Ein Standpunkt, den ich nur achten kann.“ Professor Simrath schweig einen Augenblick, plötzlich sprach er: „Wie war es möglich, daß sich zwei so gewandte Redner, wie es Katie Hyde und Alan Bow unfehlbar sind, so schnell in die Karten gucken ließen.“

„Es handelte sich zufällig um Manipulationen, bei deren Vorführungen ich schon einmal ein Medium entlarvt hatte — somit konnte ich genau den Zusammenhang und wußte, worauf ich mein Augenmerk zu richten hatte.“

Den Professor löste unverzüglich Doktor Felix Müller ab, stellte sich dem Sekretär vor und erklärte ihm, er sei mit der Abfassung eines Werkes über den Spiritismus beschäftigt und wolle, möglichst reichhaltigen Stoff dazu zusammenzutragen.

„Eine Frage,“ fiel ihm hier der Engländer ins Wort, „wollen Sie für oder gegen den Spiritismus Partei nehmen?“

„Das hängt von dem Resultate meiner Forschungen ab.“

„Was wünschen Sie von mir zu erfahren, Herr Doktor?“

„Ich habe in Havila einer Anzahl Versammlungen der Brüder der Liebe beigewohnt und möchte mich eingehend über die Gründer dieser Gesellschaft, einen Mr. Alan Bow und seine Begleiterin Miß Katie Hyde, unterrichten.“

Über die Züge des Briten gillt ein eigentümliches Rätsel.

„Aho auch Sie?“ rief er erstaunt. „Sie sind nun der Dritte, der sich innerhalb weniger Tage bei mir nach diesen Persönlichkeiten erkundigte.“

„So hat Sie Herr Professor Simrath in der Tat in derselben Angelegenheit ausgefragt?“ bemerkte der Doktor.

„Ich dachte es mir.“

„Warum dachten Sie es?“

„Weil ich weiß, daß man ihn zur wissenschaftlichen Untersuchung der spiritistischen Phänomene aufgefordert hat.“

„Wenn Sie das wissen, warum haben Sie sich nicht mit ihm in Verbindung gesetzt?“

Doktor Müller erwiderte nach kurzem Bedenken, er habe sich dem Herrn Prof. Bow, mit dem er erst während der Reise bekannt geworden sei, nicht aufdrängen wollen. Derselbe behandle den Zweck seiner Fahrt als Geheimnis und er fühle sich verpflichtet, die Geheimnisse anderer zu achten.

Mr. Edgeworth bedachte sich ebenfalls einige Sekunden, dann fragte er, welcher Art denn die Mitteilungen seien, welche der Herr von ihm zu erhalten wünsche.

„Es liegt mir daran, vor allem über die Vergangenheit Mr. Bows und seiner Gefährtin etwas Näheres zu vernehmen.“

„Über ihre Vergangenheit? Und was hat diese mit

Sihrens Werke über das Wesen des Spiritismus zu schaffen, wenn ich fragen darf?“

Doktor Müller sah unentschieden vor sich hin.

„Ich darf mich nicht näher darüber auslassen“, sagte Dr. Müller.

Der Engländer betrachtete den jungen Mann unerbauert und forschend.

„Und warum wollen Sie sich nicht an Ihren Landsmann wenden?“

„Weil ich meine Absicht geheim halten muß.“

Mr. Edgeworth ging wieder auf und ab. „Behalten Sie Platz“, sagte er freundlicher. „Sind Sie Philosoph, Arzt oder Theosoph?“

„Nur Privatgelehrter.“

„Aho so —“

Der Sekretär trat plötzlich an seinen Gast heran.

„Sie sind ein Defektive“, flüsterte er ihm ins Ohr. Ueberrascht blickte der junge Mann auf.

„Woraus schließen Sie das?“

„D, ich bin ein guter Menschenkenner — habe ich die Wahrheit erraten?“

„Vielleicht“, entgegnete Dr. Müller zögernd.

„Spielen Sie mit offener Karte, mein Herr — was wollen Sie von mir und weshalb suchen Sie nach der Vergangenheit der betreffenden Personen — ich achte das Geschäft und verweigere ihm nie meine Hilfe — können Sie mir irgend eine Legitimation vorweisen?“

„Sie sollen alles erfahren, was Ihnen zu wissen erforderlich erscheint“, entschloß sich der Besucher nach kurzer Ueberlegung. „Hören Sie.“ Er rückte dem Sekretär, der sich wieder gesetzt hatte, näher, und begann hierauf mit leiser Stimme eine Ausinandersetzung, welcher Mr. Edgeworth mit ebenso viel Erkönnen als Teilnahme zuhörte. In Verlauf seiner Rede entnahm er seinem Taschenbuche eine Anzahl Zeitungsausschnitte und einige andere Papiere, die er

Wiederholung und kritischen Besprechung der diese Kongresse schließenden Fragen völlig einverstanden und erwartet auch in Zukunft dieselbe scharfe rücksichtslose Stellungnahme in allen die Einheit der Gesamtarbeiterbewegung betreffenden Fragen. Zur Lehrsamtsfrage bringt der Verband seinen Standpunkt durch die Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: „In Anbetracht der Tatsache, daß die Mitglieder im Lehramtswesen in keiner Weise besser gestellt sind, erneuert der Verband die auf dem Magdeburger Verbandstag gefasste Resolution. Er macht es allen Kollegen und Zülkern zur Pflicht, mehr als bisher darauf zu hinarbeiten.“ Die Voten der Delegierten waren auf 3 Mit. pro Tag festgesetzt. Den wegen der Kaiserfeier Ausgesparten wird fortan Streckunterstützung bewährt. Von allgemeinem Interesse ist noch folgender Beschluß: „Die Hauptverwaltung wird beauftragt, jedem befähigten Mitgliede, welches sich zur Teilnahme an einem der von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse meldet, zu dem dabei entstehenden Unkosten einen Zuschuß bis zu 200 Mark zu gewähren.“ Der nächste Verbandstag findet in Berlin statt.

Der Streikbrecher. Eine Aktion für deutsche Gerichte! In Schaffhausen, Schweiz, fand kürzlich ein Streik der Schneider und Glaser statt. Die beiden für diese Berufe bestehenden Gewerkschaften haben während dieses Streiks den zum Streikbrecher herabgefallenen Maschinenbestell im Arbeiterblatt als Streikbrecher verurteilt, der Wahrheit und der Tatsache gemäß. Darauf klagte der Mann gegen den Präsidenten der einen Organisation wegen „Ehrenkränkung“ und „Kreditbeschädigung“. Das Bezirksgericht in Schaffhausen sprach jedoch den Angeklagten frei, und zwar mit der folgenden Begründung:

„Es sei allgemein Brauch, daß Arbeiter, welche entgegen einem allgemeinen Beschluß der Arbeiter, die Arbeit niederzulegen, weiterarbeiten, als Streikbrecher bezeichnet werden und sei deshalb Kläger mit seiner Klage abzulehnen und habe sämtliche Gerichtskosten zu zahlen. Eine Minderheit des Gerichts war allerdings der Ansicht, daß bei Arbeitern, welche keinem Verein angehören, die Sache anders sei und ein solcher dann machen könne, was er wolle. Die Mehrheit konnte sich dieser Auffassung indessen nicht anschließen und blieb dabei, daß ein Arbeiter, der Streikarbeit mache, sich auch gefallen lassen müsse, als Streikbrecher an den Pranger gestellt zu werden.“

Im gelobten Lande der deutschen Sozialreform wäre in Gerichtshof unmöglich, der also die Kulturwürdigkeit und Zusammenhaltigkeit des Streikbrecherverrats kennzeichnet. Hierzulande wäre der Gewerkschaftsleiter wegen Verletzung einer hervorragenden Stütze des Staats und der Gesellschaft ins Gefängnis gesteckt worden!

Rußland in Brandenburg. Unsere Genossen in Büßebiese (Reichstagswahlkreis Königsberg, Neumark) haben es fertig gebracht, sich unter großen Opfern ein eigenes Versammlungslokal zu errichten. So glaubten sie endlich allen Schikanen trotzen zu können. Zwar blieb ihnen die Schankkonzession verweigert, trotzdem die Frage nach dem berühmten „Bedürfnis“ allseitig anerkannt wurde. Die Genossen halfen sich aber, indem sie von Vereins wegen Getränke und Speisen zum Selbstkostenpreise und zwar nur an Mitglieder abgaben. Natürlich fehlte es nicht an Denunziationen, Recherchen und Schmäffeleien. Doch infolge der fortgesetzten Handhabung der Geschäfte konnte den Genossen kein Streik gedreht werden. Am Sonntag, den 1. Juli, erschien urplötzlich im Versammlungslokale des Vereins der Amtsvorsteher von Büßebiese, ein Mann a la Oppen Adlershof seligen Andenkens. Ihn begleiteten zwei Bediener und der Herr Gemeindevorsteher. Der hohe Besuch galt der Konfiskation der Schankgerätschaften! Im Besitze ihrer Waare (Biergläser usw.) verließen die Konfiskanten den Schauplatz ihrer Tätigkeit. Zwei ältere Weiblein mußten beim Transport behilflich sein. — Selbstverständlich ist sofort an der zuständigen Stelle die Zurücklieferung der beschlagnahmten Gegenstände beantragt worden. Wir erwarten mit dieser neuen ostelbischen Identität, daß man gar nicht weit von Berlin zu gehen braucht, wenn man russische Zustände studieren will.

Aus Haag und Gen.

Die Euthanasiebetreiber in Kassel. Auf dem früheren Kassenplatz in Kassel, wo Denis Papin dem Landgrafen

seinem Jünger übergab. Mr. Edgeworth vertiefte sich eingehend in das Studium derselben. „Bin ich nun legitimiert genug,“ fragte Müller, als er eine Darstellung und der Engländer seine Lektüre beendet hatte.

„Wollkommen —“ der Engländer reichte ihm die Hand. „Und Sie versprechen mir, mein Geheimnis vollkommen zu bewahren?“

„Ich verspreche es auf Ehrewort.“

„Ich danke Ihnen!“

„Aber kann ich Ihnen nicht so nützlich sein, als Sie möglicherweise vorausgesetzt haben. Was ich dem Herrn Professor gesagt, will ich Ihnen gern wiederholen.“ — er tat es und Dr. Müller notierte alle Details sorgfältig in sein Taschenbuch.

„Und weiter wissen Sie nichts über Mr. Low?“

„Aber — doch halt, doch noch etwas, was für Sie von Bedeutung ist, dem Professor habe ich es verschwiegen, weil ich mich nicht zum Botschaftsträger vielleicht unverbürgter Gerüchte herabwürdigen und dadurch die Ehre eines Nebenmenschen antasten mag. Da Sie mich aber in der Eigenschaft als Detektiv —“ Mr. Edgeworth betonte die letzten Worte — „gewissermaßen als Zeugen anrufen, so darf ich Ihnen kein Unwahres verschweigen, es Ihnen überlassend, denselben hinterher auf seine Glaubwürdigkeit zu prüfen.“

„Ich werde es tun.“

„Der eigentliche Grund, weshalb wir die Anwesenheit Mr. Lows in unserer Zirkeln nicht ferner zu baldem geneigt waren, bestand in der uns zugehenden Warnung eines gerade von Philadelphia zurückkommenden Gesandten. Dieser berichtete, man habe in Philadelphia zunächst Kate Hyde und Hof mit offenen Armen empfangen.

Carl seine ersten Versuche mit der Dampfmaschine vorführte, hat der Verhöhrungsverein dem Eslinger ein Denkmal in Gestalt eines Brunnen gesetzt. Der Brunnen, den der Bildhauer Hans Erberding in Rom entworfen hat, trägt das Medaillonbildnis des Eslinger. Das ganze Denkmal krönt ein in Bronze gegossener schlanter Jüngling, der ein gestülptes Schiff trägt. Vor vierzehn Tagen hat man das Denkmal enthüllt. Als die Hülle fiel, mußten die Kasseler eine gräßliche Entdeckung machen: Der Jüngling auf dem Denkmal ist nackt! Es soll Leute in Kassel gegeben haben, die beschämt genug waren, die Gefahren dieser Nacktheit nicht zu erkennen. Diese beschämten Menschen werden jetzt eines Besseren belehrt. In der Sonntagsnummer des „Kasseler Stadtanzeiger“ veröffentlicht ein Kasseler Buchhändler im Auftrage des Kasseler Zweigvereins des „Weißen Kreuz-Bundes“ die nachfolgende Erklärung:

„Unser Zweigverein macht den Vorschlag, daß alle auf gute Sitten haltenden Vereine einen Protest gemeinsam erlassen sollten gegen die völlig nackte Figur auf dem Papin-Brunnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Aergernis auf Aergernis dadurch entsteht. Als die Griechen anfangen das Nackte öffentlich darzustellen, da begann der Verfall (mit Paragel). Heute gibt es in Athen und Korinth keine nackten Kunstwerke auf öffentlichen Plätzen. Die Wolken-Sünden nehmen zu. (Folgt eine Aufzählung jüngst verübter Bestrafungen.) Im Anfang des Jahres 1906 hatten wir 10 Proz., später wieder 8 Proz. uneheliche Geburten. Also ist etwa der erste Mensch in Kassel unehelich geboren. Vor der Ehe gezeugt sind viel mehr. Die ärgsten Sünden dieser Art aber werden nicht von der Polizei registriert. Jeder denkende deutsche Mann sieht ein, daß die Grube da ist, daß sie unserm Volke das Mark auslaugen will. Helfen Sie, daß die Verheerungen des „Weißen Kreuz-Bundes“ mehr als bisher unterflügt werden! Die Gemeindevorstände werden mitarbeiten, wenn ihre berufenen Führer es wagen, sie aufzurufen zum Helfen. Gott walle es!“

Im Auftrage:
Ernst Köttger.“

Man wissen wir, was ein Brunnen, den ein nackter Jüngling verunglückt, alles anrichten kann. Sollen sich die Wollustsünden in Kassel nicht noch weiter mehren, soll die Zahl der unehelichen Geburten nicht noch mehr anwachsen, dann wird man dem jungen Branzemann schleunigst eine Schwimmhose anziehen müssen. Ach, lieber „Simplissimus“: Wie viel Arbeit gibt es für dich noch im lieben deutschen Vaterlande!

Ein Schulidyll aus der Ostmark. Aus Mlloslaw in Polen berichteten polnische Blätter: Einer der dortigen germanisierenden Lehrer hat dieser Tage einen Knaben ganz unbarmherzig geschlagen, so daß der Knabe vor Schmerz nach Hause lief. Kurze Zeit darauf erschien die Mutter des mißhandelten Knaben in der Schule und forderte von dem Lehrer Ersatz für die dem Knaben bei der Mißhandlung zerrissenen Hemdkleider, was der Lehrer jedoch ablehnte, mit dem Bemerkten, die Sache ginge ihn nichts an. Nach diesem Vorgange und nachdem die Pause beendet war, begann der Religionsunterricht in deutscher Sprache. Plötzlich legten sämtliche Schüler der ersten und zweiten Klasse die Religionstücher hin und erklärten einmütig, daß sie Religion in deutscher Sprache nicht lernen wollten; sie verlangten, daß man ihnen den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteile. Der Religionslehrer begab sich daraufhin zum Rektor, um ihm von dem Vorgange Mitteilung zu machen. Der Rektor forderte die Kinder auf, dem Religionsunterricht in deutscher Sprache zu folgen, es half dies aber nichts. Man rief den Kreisinspektors herbei; dieser versuchte in freundlichem Tone die Kinder zum Gehorsam zu bewegen. Der Kreisinspektors hatte den Kindern schon früher deutsche Religionstücher geschenkt, sie hatten sich aber geweigert, sie anzunehmen. Er suchte nun die Kinder durch Versprechungen zu bewegen, dem Religionsunterricht in deutscher Sprache zu folgen; er würde für die Kinder einen Ausflug veranstalten, sie könnten nach Polen zur Besichtigung des Zoologischen Gartens reisen, und das alles würden sie umsonst haben. Des weitern fragte der Kreisinspektors die Kinder aus, ob sie durch irgendjemand zu dem Widerstand überredet worden seien; die Kinder bejahten dies jedoch. Nachdem der Schulinspektors und der Rektor das Schulzimmer verlassen hatten, setzte der Lehrer den Religionsunterricht in deutscher Sprache fort. Als er aber mit dem deutschen Vaterlande begann, sprachen die Kinder es in der polnischen Sprache nach. Der Lehrer wußte sich schlichtlich

nicht anders zu helfen, als daß er die Kinder nach Hause entließ. — Also eine regelrechte Obstruktion in der Schulstube. Dabei verlangen die Kinder nur den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache; in den übrigen Fächern wollen sie ja gerne in deutscher Sprache unterrichtet werden. Aber auch das hindert die preussisch-deutsche Germanisierungspolitik nicht einmal. Der Vorgang gewährt einen Einblick in die Verhältnisse, wie sie sich unter dem Walle der deutschen Kultur im Osten herausbilden.

Ein genialer Schwindler. Der Kasseler Berichtserstatter der „Post. Ztg.“ schreibt unterm 28 Juni: In einem „Leitfaden des perfekten Gauners“ würde das Geschickliche, das ich Ihnen heute zu erzählen habe, und sich vor einigen Tagen hier abgepielt hat, sich gar nicht über annehmen lassen. Hören Sie mal. Der erste Akt spielt im Spechzimmer des berühmten Frenarzes E. Es wird geklingelt. Ein Diener melbet den Besuch einer eleganten jungen Dame an. Doktor E., der hinter seinem Schreibtisch sitzt und seine Zeitung liest, läßt bitten. Als die junge Dame, die wirklich elegant und geschmackvoll gekleidet ist, hereintritt, erhebt er sich, geht ihr entgegen, verneigt sich vor ihr und heißt sie auf einem gepolsterten Stuhl Platz nehmen worauf er sich ihr gegenüberlegt und sie zum Sprechen auffordert. Wie immer ist es ein trivialischer Fall, den sie dem Mann der Wissenschaft zu unterbreiten hat. Ihr Gemahl ist geistesgehebt. Der Doktor soll ihn untersuchen. Ihr Gemahl leidet an Verfolgungswahnsinn. Seine Manie besteht hauptsächlich darin, zu glauben, daß man ihn belügen und bestehlen habe. Beide verhandeln über die näheren Umstände der Überführung des Kranken in eine Srenanstalt. Die Dame verspricht, in einer Stunde mit ihrem Gemahl zurückzukommen, und entfernt sich. Der zweite Akt spielt in einem großen Juwelierladen auf der Puerta del Sol. Dort sehen wir unsere elegante junge Dame wieder, deren gemietete Carriage vor dem Laden hält. Sie ist eifrig damit beschäftigt, sich Diamantgeschmüre vorlegen zu lassen und zeigt sich als gute Kennerin und Person von ausgeübtem Geschmack. Zuletzt fällt ihre Wahl auf ein prachtvolles Halsband, für das der Händler 20 000 Mark verlangt. Sie findet den Preis etwas hoch. Der Händler aber kann leider nichts davon abgeben. Sie kann sich von dem glitzernden Schmucke nicht trennen. Sie muß das Halsband haben. Wie? . . . Ja, jetzt hat sie's gefunden. „Wollen Sie so freundlich sein — sagt sie plötzlich zum Chef des Hauses — mit mir zu meinem Mann zu kommen? Wir wohnen ganz in der Nähe, in der Calle de Alcalá. In meinem Wagen sind wir in fünf Minuten da. Wenn das Halsband auch meinem Mann gefällt, so laufe ich es. O, ich bin sicher, daß es ihm gefällt.“ Der Juwelier ist sofort damit einverstanden, stellt das Halsband zu sich und bestiegt mit der Dame den Wagen, dessen Kutscher den Befehl erhält, schnell zur Wohnung des Doktors E. zurückzufahren. Der dritte Akt ist der bewegteste und enthält die unvermeidliche Schlußkatastrophe. Juwelier und Dame betreten die elegant ausgestattete Wohnung des Arztes. Der Händler hat keinen Verdacht und sieht vertrauensvoll dem Abschluß des guten Geschäfts entgegen. Die Dame heißt ihn in einem kleinen Salon, der an das Spechzimmer anschließt, Platz nehmen und geht resolut in letzteres hinein, nachdem sie ihm das Halsband abgenommen, um es ihrem Mann zu zeigen. Im Spechzimmer ist der Arzt wieder allein. Die Dame tritt auf ihn zu, nachdem sie das Halsband in ihrem Busen hat verschwinden lassen, setzt mit der Hand auf die Türe des Nebenzimmers, wo der Juwelier wartet, und spricht in flüsterndem Ton: „Da drinnen sitzt mein Mann. Sehen Sie, Herr Doktor, wie Sie mit ihm fertig werden. Mein Verwalter wird Ihnen Ihr Honorar auszahlen. Hier ist meine Adresse. (Sie legt eine niedliche Visitenkarte auf den Schreibtisch.) Ich entferne mich, denn ich befürchte einen peinlichen Anstich.“ Der Arzt geleitet sie hinaus. Sie geht die Treppe hinunter, bestiegt ihren Wagen und verschwindet. Der Arzt geht hinein ins Nebenzimmer zu seinem „Patienten“. Als dieser, nach einer längeren Unterredung mit dem Arzt, die ihm immer rätselhafter vorkommt, erfährt, daß die Dame fortgegangen ist, springt er zuckend auf und fängt an zu schreien: „Ich bin bestohlen. Ein Halsband von 20 000 Mark ist mir abgeschwindelt worden. Ich laufe zur Polizei!“ Der Arzt lächelt und murmelte: „Ja, seine Manie . . . Sie hatte es mir ja gesagt.“ Er klingelt. Zwei handfeste Wärter erscheinen und legen dem todben Juwelier die Zwangsjacke an. Erst einige Stunden später wurde der Juwelier aufgefunden. Die schlaue Diebin ist spurlos verschwunden.

bis einer der Vorstände der dortigen spiritistischen Klubs in ihm ein Medium wiedererkannt habe, das vor etwa zwölf Jahren dort als Betrüger entlarvt und mit Schimpf und Schande davongejagt wurde. Damals habe sich der Herr nicht Low, sondern Morris genannt. Wie sich der Fall im einzelnen verhielt, ist mir nicht bekannt, ich erinnere mich nur noch, daß die Fälschung einer Handschrift dabei eine Rolle spielte.

„Die Fälschung einer Handschrift?“ rief Dr. Müller betroffen.

„Ja, eines Briefes von der Hand einer Verstorbenen oder so etwas.“

„Können Sie mir den Namen Ihres Gewährmannes nennen, damit ich dem Falle weiter nachforschen kann.“

„Warum nicht — es ist der Richter William Starley im — warten Sie, ich muß die Strafe erst nachschlagen.“

Nachdem der Sekretär aus dem Adressbuche die Adresse festgestellt und sie dem jungen Manne übergeben hatte, warf er die Frage auf, ob dieser nicht wohl tun würde, sich auch dem Professor anzuvertrauen, der ihn sicherlich mit seinem etwa gesammeltem Materiale gern zur Verfügung setzen würde.

„Ich habe bereits daran gedacht,“ murmelte der Besucher. „Der Herr Professor ist ein ehrenwerter Charakter und würde meinen wahren Stand und Beruf sicherlich niemand verraten.“

„So wenig ich als —“

„Wo soll ich ihn aber finden? Vielleicht ist er schon wieder abgereist.“

„O nein, er sammelt weitere Beweise gegen den Spiritismus,“ versetzte mit halbem Lächeln der Spiritist. „Heute abend seh ich ihn als Gast bei mir, falls Sie Ihre Bekanntschaft mit ihm fortzusetzen oder richtiger noch ungermer mit ihm vertraut zu werden wünschen, so wird mir Ihre Anwesenheit

willkommen sein. Ich bin überhaupt begierig, zu vernahmen, was Sie erfahren haben. Ich bin zwar selbst Spiritist, aber vielmehr Occultist, aber gerade darum ist mir Klarheit die Hauptsache, ich unterstütze bereitwillig alle Versuche zur Entlarbung von Betrügern, damit die Spreu vom Weizen getrennt werde. Darf ich Sie erwarten?“

„Es wird mir eine Ehre sein.“

Sowohl Professor Starley als Doktor Müller erschienen in der kleinen Abendgesellschaft Mr. Edgeworths. Außer ihnen waren nur einige Vertreter der Gelehrtenwelt Londons mit ihren Damen anwesend. Sobald es geschwehen konnte, nahm der Sekretär den jungen Mann beiseite, um sich nach dem Erfolge seiner Ermittlungen zu erkundigen.

Freudlos bekundete Doktor Müller, das Resultat übertratte seine Erwartungen. Jener Morris alias Low habe damals, um einen Beweis für seine Verbindung mit der Geisteswelt zu liefern, für den ziemlich einfältigen Sohn eines reichen Kaufmanns den Geist des verstorbenen Vaters des Toten seinem Sohne einen Brief geschrieben, worin er ihn bat einer armen Verwandten, die er in seinem Testamente zu bedenken vergessen habe, eine größere Geldsumme einzuhändigen. Der beschränkte Mensch erfüllte prompt des Vaters Verlangen, andere Leute waren jedoch klüger als er und gingen der Sache auf den Grund, wodurch sich dann herausstellte, daß Mr. Low und jene arme Verwandte unter einer Decke stekten und das Geld geteilt hatten. Der Brief war von Low selbst angefertigt, dem es leicht gewesen war, sich mit Hilfe seiner Komplizen einige Handschriften des Toten zu verschaffen.“

(Fortsetzung folgt.)